

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementpreis M. 1.— pro Quartal.
3^z beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3389.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30^z
Bergnügungs-Anzeigen 15^z, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10^z pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen!

Mehr als 1000 unserer Arbeitsbrüder befinden sich im Kampfe mit einem koalirten Unternehmertum, das aus dem verlorenen Hamburger Hafenarbeiterstreik vortrefflich Kapital zu schlagen verstanden hat. In Geringswalde, Kiel, Lübeck, Hannover und Stettin machen unsere Kollegen die Erfahrung, daß dem Unternehmertum auch außerhalb Hamburgs Mauern der Stamm gewaltig geschwollen ist. Arbeitgeberverbände, in denen Großindustrielle und Innungsmeister Arm in Arm zusammengehen, haben sich fast in allen größeren Orten gebildet. Alle verfolgen den gleichen Zweck: der nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen in der gegenwärtigen günstigen Konjunktur ringenden Arbeiterschaft den Fuß immer fester in den Rücken zu setzen und jede noch so geringe und berechnete Regung nach Besserung brutal zu unterdrücken. Das Unternehmertum will den Arbeitern zeigen, daß nicht sie, sondern die Herren und Besitzer der Produktionsmittel es sind, die zu befehlen haben, deren Willen sich die Sklaven der Arbeit widerspruchslos unterwerfen sollen. Die Unternehmer wollen „Herren im Hause“ sein und nur allein bestimmen, unter welchen Bedingungen die Arbeiter für sie frohnden und schinden dürfen.

Daß die Arbeiter Menschen sind und daher auch ein natürliches Recht haben, menschenwürdig zu leben, kümmert die Arbeitgeberverbände nicht; für sie sind die Arbeiter nur Ausbeutungsobjekte, der Ambos, auf dem der Hammer klingenden Gewinn zusammenschweift. Das beweist die Haltung der Geringswalder Fabrikanten, der Kieler, Lübecker, Hannoverischen und Stettiner Arbeitgeber „ihren“ Arbeitern gegenüber.

Kollegen, Ihr dürft nicht dulden, daß so wie dort mit Euren Arbeitsbrüdern verfahren wird; protestirt einstimmig gegen die brutale Anmaßung jener Herren, indem Ihr nicht nur den Bezug von jenen und allen übrigen Kampfplätzen fernhaltet, sondern auch in finanzieller Beziehung Eure Schuldigkeit thut, damit stets, wie bisher, ausreichende Mittel zur Unterstützung der Kämpfenden und zur Führung aller nothwendig werdenden Kämpfe vorhanden sind. An der Solidarität der deutschen Arbeiter ist schon mancher Unternehmerschädel zerborsten; zeigt, Kollegen, daß auch an Eurem Solidaritätsgefühl sich die Arbeitgeber den dicken Schädel einrennen und vor Eurer Opferwilligkeit die Segel streichen müssen.

Die im Kampfe stehenden Kollegen werden, gestützt auf den sicheren Rückhalt Eurer Solidarität, fest zusammenstehen und nicht eher den Kampfplatz verlassen, bis das progige und halsstarrige Unternehmertum geschlagen und besiegt am Boden liegt.

Vorwärts, Ihr Kämpfer, zum Siege! Hülfsstruppen, haltet Munition bereit!

Lohnbewegung.

Sangerhausen. (Telegramm.) Bezug von Drechslern, Stuhlbauern, Tischlern und Polirern fernhalten. Lokal-Verwaltung.

Bezug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Dessau, Kassel (Werstätte Preuß), Guben, Weiskamer, Erfurt, Finsterwalde, Burg b. Magdeburg (Möbelfabrik E. Gräfe), Kiel, Pirchberg, Rottbus (Firma Mittag), Pagen i. W. (Freitag's Werkstätte), Merseburg, Alfeld i. O., Ludwigshafen,örde i. W., Sameln, Sarven, Elberfeld, Tschöe und Wilhelmshaven, Magdeburg, Rostock, Böbau (Weigel's Werkstätte), Wolgast (Werkstätten von Ledrupp Dinje und Scharf), Halle a. S., Hannover, Hamburg-St. Georg (Fabrik für Ladeneinrichtungen von Martin Rotermund); von Tischlern und Drechslern nach Stettin, Grabow, Dredow und Wildbrunn; von Tischlern und Gläsern nach Schweinfurt; von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lübeck; von Drechslern nach Bernau (Schle's Werkstätte); von Schreibern und Wagnern nach Karlsruhe i. B.; von Tischlern und Bildhauern nach Frankfurt a. M. (Hörmöbelfabrik Schneider & Hanau); von Stuhlbauern, Drechslern, Bildhauern und Polirern nach Geringswalde; von Tischlern, Drechslern und Stühlenmachern nach Luckenwalde; von Tischlern, Drechslern, Stuhlmachern und Polirern nach Blomberg; von Stuhl- und Möbelschreibern nach Hadeberg i. S. (Roch & Kiffig); von Korbmachern nach Görtz (Pfeiffer's Kinderwagenfabrik).

Wir erwarten aus vorklehenen Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle freichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Unsere Agitations-Kommissionen.

„Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns einmal Thaten sehen.“ So kann man mit Recht sagen, wenn man die Berichte über die abgehaltene Provinzialkonferenzen innerhalb des Holzarbeiterverbandes gelesen hat. Viele Arbeit, viele Korrespondenzen, geringe Einnahmen und durchschnittlich geringe Erfolge ist das Fazit, das aus den Verhandlungen gezogen werden kann. Und woran liegt das? Nicht an dem guten Willen der Agitationskommissionen, auch nicht an der Arbeitsfreudigkeit der leitenden Personen, einzig der Gleichgültigkeit der Zahlstellen und der Interesselosigkeit der organisirten und unorganisirten Kollegen ist die Schuld für die berechtigten Klagen auf den Konferenzen beizumessen. Und darin muß Wandel geschaffen werden.

Welchem Zwecke dienen die Agitationskommissionen? Ihre Aufgabe soll darin bestehen, die Agitation vornehmlich unter den unorganisirten Kollegen zu betreiben, dieselben für den Verband zu gewinnen suchen und neue Kämpfer für den Klassenkampf zu werben. Sie sollen dem Zentralvorstande eine Stütze sein, ihm bei der schweren Agitationsarbeit zur Seite stehen, aber auch die Mitglieder dem Verbande zu erhalten suchen. Das ist keine leichte Aufgabe; sie würde aber weniger schwer sein, wenn die einzelnen Zahlstellen den Agitations-

kommissionen gegenüber leider nicht dieselbe Laktik beobachteten wie die Mitglieder den Zahlstellenverwaltungen gegenüber, d. h. man verläßt sich auf die gewählte Leitung, kümmert sich sonst aber wenig darum, ob diese die ihr übertragenen Aufgaben erfüllen zu können im Stande ist oder nicht; man denkt einfach nicht darüber nach, daß zu einem geordneten Heere nicht bloß Führer, sondern auch Soldaten gehören, ohne welche die Führer bedeutungslos sind und all deren technische und praktische Fähigkeiten und sonstige schätzenswerthe Erfahrungen nie zur Geltung kommen können.

Man läßt die Dinge eben gehen wie sie gehen, und damit basta. Das ist der größte Fehler innerhalb der Arbeiterbewegung. So auch innerhalb unseres Verbandes. Fast von allen Kommissionen wird Klage darüber geführt, daß ein großer Theil der Zahlstellen sich ihnen nicht anschließen, und daß Die, welche sich angeschlossen haben, keine oder unregelmäßig die Beiträge zahlen, und die Agitation infolge Mittellosigkeit lahmgelegt wird. Beklagt wird, daß die Zahlstellen die geforderten Situationsberichte an die Kommissionen nicht einsenden und insolgedessen eine Uebersicht über den Stand der Organisation an den einzelnen Orten fehle; andere Kommissionen führen Beschwerde, daß in den Zahlstellen gar keine Neigung zur Agitation vorhanden ist, selten würden aus freiem Antriebe Versammlungen einberufen und Referenten verlangt, selbst

dann, wenn die eine oder andere Kommission eine planmäßige Agitation zu betreiben beabsichtigt, wird auf mehrfache briefliche Anfrage garnicht einmal Antwort gegeben, und so gehen die Klagen fort.

Daß unter solchen Umständen die Arbeitslust der Kommissionsmitglieder schwinden und die Agitation für den Verband erfolglos sein muß, liegt klar auf der Hand, wie dies auch aus den meisten Berichten ersichtlich ist. Eine rühmliche Ausnahme macht Württemberg, jenes Land der Mädel, woselbst im letzten Jahre trotz der schwierigen Agitation fünf neue Zahlstellen gegründet und 313 Mitglieder gewonnen wurden. In vielen anderen Bezirken gleicht sich die Zahl der Neugründungen mit den eingegangenen Zahlstellen aus. In Rheinland-Westfalen wurde keine gegründet, aber drei alte sind eingegangen; in anderen wieder konnten aus mancherlei Gründen überhaupt keine Erlöse erzielt werden; in einzelnen, wie z. B. Ost-Westfalen, beschränkte sich die Agitationshätigkeit zumeist auf die größeren Orte. In Schleswig-Holstein wurden Vororte bestimmt, um die Agitation von diesen aus wirksamer zu betreiben, sonst aber auch dort dieselbe Klage über die Gleichgültigkeit der Zahlstellen, die dem Vorortenden der Kommission Anlaß gab zu dem Ausspruch: „Wenn die Zahlstellen nicht wollen, dann kann die Kommission lieber einpacken.“

Viele Kollegen würden sich dieser Meinung anschließen und sagen: „Wozu die vielen Mittel verpulvern, wenn die Zahlstellen nicht zu deren zweckmäßiger Verwendung beitragen wollen.“ Aber eine solche Meinung darf nicht gelten, bevor nicht eine bessere über die zweckmäßigste Agitation ausgesprochen wird, sonst würde man in denselben Fehler verfallen, wie jene Indifferenten, die vorgeben, weil diese oder jene Einrichtung oder leitende Person ihnen nicht gefalle, deshalb blieben sie der Organisation fern. Nicht nur kritisieren, sondern besser machen, nicht niederreißen, sondern aufbauen müssen wir, Fehler und Mißstände in unserer Organisation beseitigen, wo solche sind, und vor Allem kräftig mit helfen, daß die Einrichtungen bessere werden. Und das muß ganz vornehmlich mit dem Apparat der Agitationskommissionen geschehen.

An der geographischen Einteilung dürfte wenig zu ändern sein, um so mehr aber an der inneren Organisation. Zunächst ist erforderlich, daß, wenn die Agitationskommissionen Zweck haben sollen, auch sämtliche Zahlstellen sich denselben anschließen, und daß nicht etwa die großen leistungsfähigen sich davon brüden oder glauben, die Agitation seitens der Kommission an ihrem Ort nicht zu bedürfen. Wenn das Letztere auch wirklich der Fall wäre, so ist es aber unsolidarisch gehandelt, wenn die größeren Zahlstellen nicht den kleineren beistehen wollen. Liegt es doch gerade im Interesse der Kollegen großer Orte, wenn die gefährdeten Lohnbrüder und Herausreißer in kleinen Städten und Dörfern aufgeklärt werden. Eine Bestimmung zu treffen, daß alle Zahlstellen den Agitationskommissionen sich anschließen müssen, wäre auf dem nächsten Verbandstage bringend notwendig; und sollte die Notwendigkeit etwa bestritten werden, dann halten wir es für besser, wenn die Agitation seitens des Vorstandes geregelt und geleitet wird wie bei den Kartern, die sicher im vorigen und diesem Jahre viel größere Erfolge als wir erzielt haben, denn deren Mitgliederzahl ist in einem Jahre um das Doppelte gestiegen.

Doch wollen wir die bestehenden Agitationskommissionen noch nicht so ohne Weiteres bei Seite schieben, da wir eine Reformierung derselben für nicht ausgeschlossen halten; zu erwägen wäre, ob es sich nicht empfehle die Einteilung in kleinere Bezirke mit je einem Vorort zu treffen, wie dies in Schleswig-Holstein geschehen ist. Selbstverständlich bedeutet diese Einteilung keine Zerplitterung, hat aber den Zweck, daß mit wenig Mühe und geringen Geldkosten leicht jemand aus dem Vorort zu einer öffentlichen oder Mitgliederversammlung einer kleinen Zahlstelle gelangen kann, um das Interesse am Verbands nachzuhalten und mit Rath und That einzugreifen, wenn's nöthig ist. Ganz sicher kommt es dann seltener vor, daß neugegründete Zahlstellen halb nach ihrem Insultestreten an Mitgliederzwindjucht oder aus anderen Ursachen zu Grunde gehen. In dieser Beziehung scheint seitens mancher Agitationskommissionen gefehlt zu werden. Ein diesbezüglicher Antrag wurde auf der Hessen-Rheinischen Konferenz abgelehnt, leider ist nicht ersichtlich, warum dies geschehen.

Nochwendig ist vor Allem, daß die festgesetzten Beiträge an die Agitationskommissionen regelmäßig abgeführt werden, damit diese jederzeit in den Stand gesetzt sind, Maßnahmen für die Agitation treffen und allen gelegten berechtigten Wünschen entsprechen zu können. Die Agitation wird um so planmäßiger und einheitlicher betrieben werden können, je mehr die Kom-

mission mit einer bestimmten Summe rechnen kann. Soll eine allgemeine Agitationstour unternommen werden, dann muß aber auch seitens der Zahlstellen prompt auf diesbezügliche Anfragen geantwortet und gewissenhaft über alle in Betracht kommenden Momente unaufgefordert Auskunft gegeben werden. Flugblattverbreitung vor solchen Versammlungen empfiehlt sich nicht überall, hingegen ist die Vertheilung von Einladungszetteln immer am Plage. Das Erstere scheint auch die bayerische Konferenz erfahren zu haben; es heißt in dem Bericht, der Hauptwerth müsse auf Versammlungen gelegt werden, das gesprochene Wort wirke besser als das geschriebene, Flugblätter würden zu theuer und obendrein würden sie nur oberflächlich oder garnicht gelesen. Das trifft wohl in den meisten Fällen zu, doch möchten wir nicht generell die Verbreitung von guten Flugblättern, namentlich in kleinen Orten, ausgeschlossen wissen. Bemerkenswert mag hier noch werden, daß allgemeine Touren von einem Referenten schon mancher ungeeigneten Versammlungstage wegen nicht immer möglich sind und man aus diesem Grunde schon zu der kleineren Bezirks-eintheilung gelangen müßte.

Daß selbstverständlich die Werkstättenagitation, d. h. die von Mund zu Munde, immer noch die beste ist, und namentlich wo es sich um Einladungen zu Versammlungen handelt, braucht nicht besonders erwähnt zu werden, jeder in der Organisation stehende Kollege weiß das aus eigener Erfahrung.

Ein besonders wichtiger Punkt bei dem System der Agitationskommissionen sind die Konferenzen. Hier scheinen viele Kollegen der Meinung zu sein, daß solche des gegenseitigen Meinungsaustausches wegen garnicht oft genug abgehalten werden können. Dieser Ansicht sind wir nicht. Wenn der letzte resp. erste Verbandstag in Erfurt beschloß, der nächste solle nach 3 Jahren stattfinden, welchen Beschluß wir allerdings nicht billigen können, so muß aber doch zugegeben werden, daß die Verhandlungen auf den Konferenzen nicht eminent so wichtig sind, als die eines Verbandstages, und daher alle Jahre die Abhaltung von Konferenzen durchaus nicht erforderlich ist. Daß sie abgehalten werden müssen in solch kurzen Zeiträumen, aus dem Grunde, wie es heißt, um wieder einmal eine Aussprache bezüglich der Agitation herbeizuführen, beweist eben, daß der Apparat der Agitationskommissionen nicht funktioniert. Würde jede Zahlstelle in der vorhin schon angedeuteten Weise ihre Pflicht thun, dann wären Konferenzen jedes Jahr, ja selbst alle 2 Jahre, überflüssig. Die Kosten, welche dieselben verursachen, könnten besser zur Agitation verwendet werden, und, offen gesagt, stehen die Kosten mit dem Nutzen der Konferenzen recht oft in großem Widerspruche. Das geht unzweideutig aus manchen Konferenzen berichten hervor. Da wird oft eine Masse Zeit vertrödel mit Erledigung verschiedener Formentrans, den man wohl auf Parteitagen und Generalversammlungen gewöhnt ist, aber auf Konferenzen, an denen bisweilen ganze 7 Personen theilnehmen, ist das höchst überflüssig.

Das liegt nun aber einmal im System, und sind weder die Theilnehmer noch die Agitationskommissionen dafür verantwortlich zu machen.

Wenn allseitig seitens der Zahlstellen und der Mitglieder auf prompte Pflächterfüllung gegenüber den Agitationskommissionen Sorge getragen würde und letztere energisch durchgreifen, dann dürften die mancherlei Mißstände bald beseitigt sein.

Daß wir dies Thema heute anregen, geschieht um deswillen, weil auf mehreren Konferenzen (Kiel, Bremen, Elberfeld, Magdeburg u.) eine planmäßige umfangreiche Agitation in diesem Frühjahr beschloffen wurde und wir namentlich den Zahlstellenverwaltungen an's Herz legen wollten, die Kommissionen in diesem Bestreben nach Kräften zu unterstützen, und weil der Verband nach unserer Beobachtung gar keine Fortschritte macht, trotz der hochgehenden Bewegung. Wenn diese auch in den betroffenen Orten alle Kräfte absorbiert, so sollte doch die Agitation nicht darunter leiden müssen. Die jetzige Zeit ist der Agitation günstig und wir sollten sie nicht unausgenützt vorübergehen lassen; deshalb unser Appell an die Agitationskommissionen, Zahlstellenverwaltungen und vor Allem an die Mitglieder.

Die Lohnbewegung der Tischler in Kiel und Gaarden.

Der Stand des Streits ist bis jetzt unverändert. Die seitens des hiesigen Schlichtergerichts gemachten Einigungsversuche sind durch die Halsstarrigkeit der Jungmeister gescheitert. Um den Kollegen eine bessere Uebersicht über die hiesige Bewegung zu geben, lassen wir die Vorgänge, wie sie sich abge- spielt haben, der Reihe nach folgen.

In der ersten Sitzung des Einigungsamtes, in welcher von beiden Parteien je drei Vertreter erschienen waren, wurden die von der Ge-
Die Vertreter der Meister konnten stichhaltige Gründe für ihre ablehnende Haltung den Forderungen gegenüber nicht vorbringen. Sie machten im allgemeinen Bedenken, wie: daß bei Festsetzung eines Minimallohnes das Handwerk ruiniert würde, die Bezahlung eines Lohnes in der verdorbenen Höhe für sie unmöglich sei usw. Bezeichnend ist ferner eine Aeußerung, die der Meister Kießauer (ein früheres Mitglied des Tischler-Verbandes!) machte; er erklärte, daß es schädlich sei, wenn ein junger, unerfahrener Bursche mit 7 oder 8 Thalern entlohnt würde, er hätte dann gar kein Interesse für seine weitere Ausbildung. Wir veräumelten nicht, dem „Herrn“ gebührend nach Hause zu leuchten. Nach circa einhalbstündlicher Berathung verkündete der Vorsitzende folgenden Vergleichsvorschlag: 1. Es möge als Normalarbeitslohn für Durchschnittsarbeiter festgesetzt werden: für die Bautischler ein Lohnsatz von 40 $\frac{1}{2}$, für Möbeltischler ein solcher von 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, und im Falle des Zustandekommens eines Vergleichs soll auf dieser Grundlage eine halbtägige Erhöhung derjenigen Löhne, welche diese Sätze noch nicht erreichen, eintreten. 2. Zur Erklärung hierüber und event. Verhandlung wird auf Montag, den 26. April, 8 Uhr Abends, Termin angesetzt. Parteien sind hierzu mündlich eingeladen.

Die Vertreter der Meister konnten stichhaltige Gründe für ihre ablehnende Haltung den Forderungen gegenüber nicht vorbringen. Sie machten im allgemeinen Bedenken, wie: daß bei Festsetzung eines Minimallohnes das Handwerk ruiniert würde, die Bezahlung eines Lohnes in der verdorbenen Höhe für sie unmöglich sei usw. Bezeichnend ist ferner eine Aeußerung, die der Meister Kießauer (ein früheres Mitglied des Tischler-Verbandes!) machte; er erklärte, daß es schädlich sei, wenn ein junger, unerfahrener Bursche mit 7 oder 8 Thalern entlohnt würde, er hätte dann gar kein Interesse für seine weitere Ausbildung. Wir veräumelten nicht, dem „Herrn“ gebührend nach Hause zu leuchten. Nach circa einhalbstündlicher Berathung verkündete der Vorsitzende folgenden Vergleichsvorschlag: 1. Es möge als Normalarbeitslohn für Durchschnittsarbeiter festgesetzt werden: für die Bautischler ein Lohnsatz von 40 $\frac{1}{2}$, für Möbeltischler ein solcher von 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, und im Falle des Zustandekommens eines Vergleichs soll auf dieser Grundlage eine halbtägige Erhöhung derjenigen Löhne, welche diese Sätze noch nicht erreichen, eintreten. 2. Zur Erklärung hierüber und event. Verhandlung wird auf Montag, den 26. April, 8 Uhr Abends, Termin angesetzt. Parteien sind hierzu mündlich eingeladen.

Einer zu Sonnabend einberufenen Versammlung wurde dieser Vorschlag vorgelegt und nach einer erregten Debatte als unannehmbar zurückgewiesen. Die Vertreter wurden beauftragt, in der Montagssitzung strikte die alten Forderungen zu vertreten. Am Montag, 26. April, fand nun die zweite Sitzung statt. Auf Antrag des Obermeisters Behn wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Laut dem hiesigen Ortsstatut mußte dem Antrage stattgegeben werden. Der Grund hierfür lag wohl darin, daß die hiesige „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ einen ausführlichen Bericht brachte, und die Meister wegen ihrer dort gehaltenen Reden ausgelacht wurden. In dieser Sitzung erklärten zunächst die Vertreter der Arbeitgeber, daß ihre Versammlung dem Vergleichsvorschlag zugestimmt hätte.

Wir berichteten über die einstimmige Ablehnung desselben. Die Verhandlungen begannen aufs Neue und drehten sich hauptsächlich um die Festlegung eines Minimallohnes. Durch Vortragens statistischen Zahlenmaterials aus den verschiedenen Werkstätten vermochten wir die Vertreter der Meister sowohl wie die Beisitzer des Gerichts von der Nothwendigkeit eines festen Lohnsatzes zu überzeugen. Das Gericht verkündete nunmehr nach erfolgter Berathung nachstehenden definitiven Vergleichsvorschlag:

1. Der Stundenlohn für die Arbeiter des Tischlergewerbes für Kiel und Gaarden wird auf 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgesetzt.
2. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 pSt. gewährt.
3. Die Arbeiter nehmen nach Abschluß der Vereinbarung die Arbeit wieder auf. Die Arbeitgeber verpflichten sich zur Aufnahme von Arbeitern, soweit Arbeit vorhanden ist, und werden keinen Arbeitsuchenden um deswillen, weil er sich am Streik theilgeiligt hat, abweisen. Ebenso verpflichten sich auch die Arbeiter, diejenigen Arbeiter, welche am Streik nicht theilgeiligt gewesen sind, unbelästigt zu lassen.
4. Die Arbeiter treten unter denselben Lohnbedingungen wie bisher in Arbeit, jedoch wird Denjenigen, welche bisher einen Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ und weniger erhalten haben, eine persönlliche Zulage von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gewährt.
5. Für das Selbsthalten von Werkzeug wird eine Vergütung von 60 $\frac{1}{2}$ pro Woche gewährt.
6. Es wird alsbald ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, bestehend aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jedoch unter Ausschluß der Werkstätten, a) zur Berathung über Aufstellung von Affordtarifen, b) zur Feststellung der Vergütung für Außerhalbarbeiten, c) zur Regelung der Arbeitszeit, d) als dauernde Einrichtung zur Schlichtung von Streitigkeiten.

In der Versammlung, die Dienstag, den 27. April, stattfand, wurde dieser Vergleichsvorschlag vorgelegt. In der Diskussion, welche sich hierüber entspann, wurde betont, daß wir diesem Vorschlage wohl zustimmen könnten. Das Wort Minimallohn sei nur umschrieben. Und Sache der Organisation müsse es sein, dafür zu sorgen, daß nicht unter diesen Lohnsätzen gearbeitet würde.

Ebenso könnten wir einen Ausschuß wählen, der unsere Interessen vertrate und zunächst dafür wirken müsse, die Arbeitszeit für nächstes Jahr zu verkürzen, indem die Arbeitgeber ja schon dahingehende Versprechungen abgegeben haben. Nach Verlauf dieser Diskussion wurde der Vergleichsvorschlag vom Montag, 26. April, gegen 21 Stimmen angenommen.

Am Mittwoch, den 28. April, fand die dritte Sitzung des Einigungsamtes statt, in welcher endgültig über die Streitfrage beschloffen werden sollte. Wir beantragten nunmehr die Herstellung der Öffentlichkeit mit dem Hinweis darauf, daß es zur Klärung der Streitfrage bedeutend förderlicher sei, in der Öffentlichkeit zu verhandeln, als hinter verschlossenen Thüren, schon um deswillen, weil die Arbeitgeber nach der ersten Kommissions-sitzung den Gesellenvertretern den Vorwurf gemacht haben, daß dieselben die gepflogenen Verhandlungen in ihrer Versammlung nicht so vorgetragen hätten, wie sie thatsächlich verlaufen seien. Es war umsonst; unserem Antrage konnte laut Ortsstatut nicht stattgegeben werden. Nach Eintritt in die Tagesordnung theilten wir mit, daß der letzte Vergleichsvorschlag von den Streikenden angenommen sei. Die Arbeitgeber sagten, derselbe sei auch in ihrer Versammlung abgelehnt, jedoch eine Resolution angenommen worden, welche sich auf den ersten und vierten Punkt beziehe.

In dieser Resolution wird nun vollständig mit einem festen Lohnsatz gebrochen, dafür ein Durchschnittslohn, der in Allgemeinen bezahlt werden solle, gesetzt, und zwar für Bautischler 40 $\frac{1}{2}$, für Möbeltischler 38 $\frac{1}{2}$ die Stunde. Ferner heißt es darin, die persönliche Lohnzulage müsse dem freien Ermessen des einzelnen Meisters überlassen werden. Begründet wurde diese Resolution folgendermaßen: Ein fester Lohnsatz könne unter keinen Umständen bestehen, man könne nicht vom Meister verlangen, diesen Lohn an jeden Gesellen zu bezahlen. Sie müßten betonen, daß die Ausbildung der Mehrzahl der Lehrlinge eine derartige sei, welche es nicht zulasse, Anspruch auf einen Lohn von 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu machen! Ebenjowenig sei dem Meister zuzumuthen, für alte Gesellen, die ihre Arbeitskraft in der Tischlerei verbraucht hätten, noch 38 $\frac{1}{2}$ die Stunde zu zahlen!!

Durch den Ausschluß der Öffentlichkeit geschügt, kramten die Herren ihre tiefsten Herzenswünsche aus, ließen ihren Jämmlern

gebanten derartig freien Lauf, daß selbst die anwesenden Mitglieder aus dem Arbeitgeberthum und die Stadträte, welche den Sitzungen beizuhören, sich gezwungen fühlten, diese unerschämten Zumuthungen zurückzuweisen, die Vorteile eines festen Lohnes ihnen klar zu machen. Aber Alles vergebens. Als sie sahen, daß ihre Niederlage vollständig war, zogen sie einen Antrag aus der Tasche, welcher besagte: „Sollte die Resolution der Meister nicht angenommen werden, so sind die Verhandlungen abzubrechen.“ Es blieb nichts Anderes übrig, die Verhandlungen wurden vertagt, die Herren Meister zogen wie begoffene Pöbel nach Hause. Hatten die Verhandlungen bisher einen ernstlichen Charakter behauptet, so fing jetzt die Sache an heiter, wenn nicht gar lächerlich zu werden. Man bedenke, im März d. J. wählten die Meister eine Kommission, die mit der Lohnkommission unterhandeln sollte. Nach einmaliger Sitzung werden die Unterhandlungen seitens der Meister abgebrochen. Dasselbe Schauspiel nach drei resultatlos verlaufenen Sitzungen des Einigungsamtes. Und jetzt, die Meister gingen von der letzten Sitzung des Schiedsgerichts zu Hause, erstatteten Bericht über den Verlauf derselben, und wählten eine Kommission, die auf's Neue Unterhandlungen mit der Lohnkommission anknüpfen sollte! Man muß sich unwillkürlich an den Kopf fassen und sich fragen, ob man es mit Männern oder Klatschbasen zu thun habe. Nun, wir gaben ihnen in unserer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung die richtige Antwort. Es wurde daselbst folgende Resolution angenommen und den Meistern zugehört: „Die heutige stark besuchte Versammlung der Meister Riels und Gaardens verurtheilt entschieden die ablehnende Haltung der Meister gegenüber dem seitens des Einigungsamtes gemachten Vergleichsvorschlag. Im Bewußtsein, daß die Ausständigen Alles gethan haben, eine Einigung herbeizuführen, beschließt die Versammlung: den Arbeitgebern wird anheimgestellt, dem Vergleichsvorschlag vom 26. April ihre Zustimmung zu geben, und falls dieselbe bis zum 3. Mai nicht erfolgt ist, sehen wir uns gezwungen, in den Generalstreik einzutreten, und nachstehende Forderung: 9/10 stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu verfechten.“ Schreiber dieses wurde bei Uebersetzung vordringender Resolution an den Obermeister seitens desselben die Mittheilung gemacht, daß die neugewählte Meisterkommission die Lohnkommission zu einer Sitzung einladen wolle. Meinerseits wurde ihm bedeutet, daß die Gesellen auf weitere Verhandlungen verzichten. Die Meister sollten dem Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes zustimmen, dann wäre die Sache erledigt. Der Obermeister sagte zu, in der zu Montag Mittag einzuberufenden Meisterversammlung in diesem Sinne wirken zu wollen. Es bleibt also abzuwarten, welche Wendung die Sache nimmt.

Der Geist der Streikenden ist ein guter, die Führung derselben musterhaft. Die Zahl derselben ist auf 159 gestiegen. Abgereist sind 12 ledige Kollegen. Ueber Zugung können wir gerade nicht klagen; wir danken den auswärtigen Kollegen für die Fernhaltung desselben und ersuchen sie, auch ferner ihre Schuldigkeit zu thun.

Die Lohnkommission.
Aug. Fiedler.

Der Streit der Holzarbeiter in Lübeck.

Die Lage am Orte ist unverändert. Von den Fabrikanten hat sich noch Keiner bemüht, unsere Forderungen zu bewilligen. Die Zahl der Streikenden ist bis auf 25 zurückgegangen; ledige Kollegen sind nur noch 4 am Orte, die jedoch Familienangehörige zu unterstützen haben. Wie aus dem letzten Bericht zu ersehen, verbot uns die Polizei, geküßt auf den groben Ungehorsam, an den Thoren Lübeck's, sowie in der Nähe der Fabriken Posten anzustellen. Ein Strafmandat seitens der Polizei ist den Sifirten jedoch nicht zugestellt worden, vielmehr ist die Sache als im öffentlichen Interesse von der Staatsanwaltschaft in die Hand genommen worden. Am Freitag, den 30. April, fand dieserhalb die Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Das Resultat war, daß sämtliche Angeklagte freigesprochen wurden. Von dem Vertreter der Anklage wurden zwar drei Tage Haft beantragt, mit der Begründung, daß nach der Gewerbeordnung (§ 152) das Postenanstellen zwar nicht verboten ist, aber zur Beunruhigung gewisser Kreise beitragen und somit als grober Unfug zu betrachten ist. Von einer Geldstrafe müßte deswegen Abstand genommen werden, weil diese aus der großen Kasse getragen würde. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß dieser Paragraph hier nicht in Betracht gezogen werden könne, da ein ruhiges Hin- und Hergehen nicht als grober Unfug anzusehen sei, zumal sich die Streikenden in ziemlicher Entfernung von den betheiligten Fabriken aufgehalten haben. Dasselbe Urtheil wurde seinerzeit auch gesprochen, als die Posten der Thiel'schen Arbeiter angeklagt waren. Vom Staatsanwalt wurde damals Berufung eingelegt und das Landgericht verurtheilte die Betheiligten zu drei bzw. fünf Tagen Haft. Leider ist die Sache damals nicht weiter verfolgt worden. Es bleibt abzuwarten, ob auch in unserem Falle von der Staatsanwaltschaft derselbe Weg beschritten wird. Wir werden selbstverständlich diese Angelegenheit bis zur äußersten Grenze durchfechten, um Klarheit darüber zu erlangen, ob das gewährleistete Koalitionsrecht durch Polizeimaßregeln Unvorschrift gemacht werden kann. Leider müssen wir den Kollegen Deutschlands wieder berichten, daß wir ein in großen Zug von Arbeitskräften zu verzeichnen haben. Es bedarf unserer größten Anstrengung, die Zugereisten mit großen Kosten wieder abzuklären. Bis jetzt ist es uns noch geblieben, die Fabriken leer zu halten, trotzdem die Unternehmer verzweifelte Anstrengungen machen, Arbeitskräfte heranzulocken. Dorige Woche reisten zwei dieser Herren Arbeitgeber in ganz Mecklenburg herum. Dank der Aufmerksamkeit der Mecklenburger Kollegen, war es verlorene Liebesmüh; es hat sich auch nicht ein Kollege verlocken lassen, hier in Arbeit zu treten. Ganz besonders waren es die Rostöcker Kollegen, die diesen Meisenzug eine schöne Nase drehten. Unser Wunsch ist, daß sämtliche Kollegen Deutschlands so auf dem Posten wären, dann kann der Kampf unmöglich noch länger dauern, haben sich doch die in Betracht kommenden Arbeitgeber schon dahin ausgesprochen, daß es ihnen bald nicht mehr möglich sei, den Verlust länger zu tragen. Es ist ihnen schon leid, daß sie sich den Metallindustriellen an die Nase drehen. Uns kann es recht sein.

Der Geist der Streikenden ist ein guter. Bis jetzt haben wir noch keinen Ueberläufer zu verzeichnen. Hoffen wir, daß dieser von beiden Seiten mit Erbitterung geführte Kampf ein baldiges Ende erreicht.

Mit kollegiallichem Gruß

Die Lohnkommission.
J. A. W. Dammer.

Der Ausstand der Holzarbeiter in Geringswalde in Sachsen.

Im Allgemeinen ist eine wesentliche Aenderung der Situation nicht eingetreten. Ausständig sind zur Zeit, nach nunmehr fünfmonatlicher Dauer des Streikes, nur noch 126 Vertheilte und 27 ledige Kollegen. Die Streikenden sind also auf die Hälfte der ursprünglich in den Ausstand getretenen zusammengeschumpft. Die vier in Betracht kommenden Fabriken, in denen bis zum Ausbruch des Streikes 313 Arbeiter, ausschließlich der Werkführer, Lehrlinge usw. beschäftigt waren, haben heute nur 71 Leute inkl. der Lehrlinge, Werkführer, Hofarbeiter usw. In der letzten Woche war ein Zuwachs von 8 Mann und ein Abgang von 33 Mann zu verzeichnen. Zugung von Auswärts ist fast gänzlich zu verstopfen. Nur hier und da verläßt sich einmal ein Kollege nach Geringswalde. Jedoch wird den Kollegen, die abgereist sind, durch die widerrechtliche Einbehaltung der Arbeitsbücher die Erlangung eines neuen Arbeitsverhältnisses besonders erschwert. Um sich Unannehmlichkeiten und Strafverfügungen zu ersparen, sind sie daher gezwungen wieder nach Geringswalde zurückzukehren. Am Orte, sowie auch in der Nachbarschaft sind eine ganze Reihe minderjähriger Kollegen behördlicherseits veranlaßt worden, ihr neu eingegangenes Arbeitsverhältnis wieder zu lösen, da sie nicht im Besitze eines Arbeitsbuches waren. Mehreren Unternehmern wie auch Arbeitern hat man aus diesem Anlasse Strafverfügungen bis zu 6 $\frac{1}{2}$ zugesandt. Um die Herausgabe der Arbeitsbücher, die in vielen anderen Orten durch die Polizeibehörde erzwungen wird, hat sich aber die Geringswalder Behörde noch nicht bekümmert. Ebenso ist es mit der von den Arbeitern angeforderten vorgelegten Behörde. Die Geschädigten haben daher den Klageweg beschreiten müssen. Sie müssen jeder einzeln beim Amtsgericht Hochitz Klage erheben, da ein Gewerbegericht zur Zeit noch nicht am Orte besteht. Die seitens der Arbeiterkassette im Vorjahre beantragte Errichtung eines Gewerbegerichts ist von der Behörde abgelehnt worden. Die Fabrikanten versuchen, außerhalb ihre notwendigen Arbeiten gemacht zu erhalten und haben in diesem Bestreben, wenn auch nur zu einem ganz geringen Theil, Glück gehabt. Die auswärtigen Kollegen wollen deshalb auf ihrer Hut sein. In letzter Zeit sind von einzelnen Fabrikanten mehrfach Verhandlungen gewünscht worden, die aber stets wieder durch die Arbeit der auch hier in Betracht kommenden Scharfmacher illusorisch wurden. Von dieser Seite wird zur Zeit mit allen Mitteln gekämpft, um den Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Man möchte es gar zu gern den Hamburger Rhetorikern nachmachen, jedoch fehlt es an der nachhaltigen Kraft.

Auch fehlt es nicht an den für die Gegner der Arbeiterkassette so notwendigen Provokationen. Doch lassen sich die Ausständigen in keiner Weise betrennen. Sie stehen fest und geschlossen, ruhig und besonnen und wollen lieber alleammt den Ort verlassen, als bedingungslos wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Die für den 1. Mai anberaumte Vormittagsversammlung war verboten worden. Man befürchtete, daß durch die Verhandlung des Themas, „Die Rasseier,“ durch den Referenten, Kollegen Alb. Mohs aus Leipzig, verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufgereizt würden. Trotzdem hat die große Mehrzahl der Geringswalder Arbeiter und Arbeiterinnen diesen Tag würdig begangen. Am Nachmittagsausflug hatten sich, außer den Streikenden, noch etwa 200 Personen betheiligt. Der Abendkommers war von über 400 Personen besucht. Nach Schluß desselben, es mochte vielleicht 1/1 Uhr sein, wurde aber durch den Herrn Bürgermeister die Kläumung des Lokals angeordnet, da in der Gaststube ein Anwesenender, der Tag für Tag in den verschiedensten Wirtschaftshäusern den Prediger spielt, mehrere Worte gesprochen hatte. Der Herr Bürgermeister erklärte hierin eine Anpreisung und verbot daher jede weitere Verzehrung von Speisen und Getränken, trotzdem in Geringswalde keine Polizeistunde besteht. Die Sache wird sicher noch ein Nachspiel bekommen, denn die des Lokals vertriebenen Personen werden es wohl nicht hierbei bewenden lassen, sondern gegen das ungerechtfertigte Eingreifen des Herrn Bürgermeisters Beschwerde erheben.

Die polizeiliche Thätigkeit in Geringswalde ist aber nun keineswegs zu Ende, denn am Sonntag, den 2. Mai, Vormittags 11 Uhr, wurde dem Leiter des Streiks, dem Kollegen Alb. Mohs aus Leipzig eröffnet, daß er auf die Dauer eines halben Jahres aus dem Amtsgerichtsbezirk Hochitz ausgewiesen sei und binnen zwölf Stunden diesen Bezirk zu verlassen habe.

Warum? wird sich jeder Kollege fragen, weil er, der schon mehrfach bestraft, als Streikleiter Gesetzesübertretungen begehen oder hierzu geneigt machen könnte. Ein sächsischer Staatsangehöriger eines bestimmten Theiles des sächsischen Landes verweisen und dies zu einer Zeit, wo in den nächsten Tagen vielfach aus dem Arbeitsverhältnis hervorgegangen, beim Amtsgericht Hochitz anstehenden Klagen zur Verhandlung kommen, wozu ihm von den Kollegen Prozeßvollmacht erteilt worden ist. Der Mann ist eben lästig geworden. Zu Gesetzesübertretungen soll er geneigt machen?

Ist es denn auch zu Gesetzesübertretungen geneigt gemacht, wenn man die vielen Gesetzesverletzungen anderer Personen an's Tageslicht zieht und Beamte hierauf aufmerksam macht?

Werden denn auch diese Leute des Bezirkes verweisen, die den Gesetzen die direkteste Mißachtung entgegenbringen?

Ist auch diese Maßregel auf den Streik von gewissem Einfluß, so dürfen doch die Fabrikanten nun nicht glauben, triumphieren zu können. Ist's nicht dieser, so ist's ein Anderer. Die Sache nimmt deshalb ebenso ihren Verlauf, wie bisher. Mäander Feld der Arbeiterbewegung, der den Streik der Stuhlarbeiter in Geringswalde als eine frivole Arbeitsübertretung bezeichnet, wird sicher nach dem Streik die Wirkungslosigkeit auch selbst dieser Maßregel einsehen. Er wird sehen, daß die Arbeiter, trotzdem sie ständig und täglich in harker Erregung erhalten werden, nicht zu Gesetzesübertretungen schreiten, sondern vielmehr ruhig und besonnen die Hiebe pariren, die man ihnen versetzen will. Die Ausständigen werden aber durch Maßregeln, wie sie bei dem letzten Streik vorgekommen sind, noch einiger und fester zusammenstehen denn je.

Kollegen! Sorgt deshalb für die weitgehende Unterstützung.

Rundschau.

Eine beschämende Verurtheilung des herrschenden Submissionswesens ist wieder einmal von berufsgenossenschaftlicher Seite erfolgt. In der Vorhandlung der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, welche hierorts im Bureau, Kleißstr. 11, stattgefunden hat, wurde die unerfreuliche Thatsache konstatiert, daß die Zahl der Unfälle von 4880 auf 6080 gestiegen ist, und wurde ferner festgestellt, daß ein großer Theil der Unachtsamkeit besonders stark beladenen Vorkommnisse aus Unachtsamkeit und Leichtsinn im Betriebe und aus ungenügender Beobachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften entstanden ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß in vielen Fällen die Unachtsamkeit dadurch bedingt wird, daß infolge unvernünftiger Submissionsbedingungen die Preise zu sehr gedrückt werden, so daß die Arbeiter zur Wahl der allerbilligsten, wenn auch unrationellen Art des Bodenbaus gezwungen werden. — Was nützen alle schönen Unfallverhütungs-Vorschriften, wenn sie nicht beachtet werden können? Wann wird endlich mit diesem furchtbaren System gebrochen werden?

Die Kommission des Reichstages für die Handwerker-Vorlage beschäftigte sich, nachdem die fakultative Zwangsinnung in früheren Sitzungen festgelegt war, mit § 81 des Entwurfs. Die konservativen Abgeordneten v. Bredel und Euler versuchten, die Regierung für die obligatorische Zwangsinnung zu gewinnen. Unser Kollege Robert Schmidt hat den Innungs-Freunden in trefflichen Ausführungen den Standpunkt klar gemacht, namentlich in Bezug auf die im Entwurf vorgesehene, von Innungsschiedsgerichten und Innungs-Krankenkassen. Er wies darauf hin, wie eine weitere Begünstigung zur Gründung von Krankenkassen für die Arbeiter von schweren Nachtheilen sei. Die Vielgestaltigkeit des Versicherungswesens hat mit Recht eine sehr lebhafter Opposition in Arbeiterkreisen gefunden, weil die Arbeiter bei einer solchen Gestaltung der Krankenkassen bei jedem Arbeitswechsel in eine andere Kasse eintreten müssen. Bei jedem Uebertritt verliert aber der Arbeiter alle erworbenen Rechte und neue kann er erst nach Ablauf der Karenzzeit in der anderen Kasse erwerben. Neben plädiert für eine einheitliche Organisation des Versicherungswesens und bekämpft das in der Vorlage stärker hervortretende Durcheinander auf diesem Gebiete. Ebenso wendet sich Neben gegen die Innungsschiedsgerichte, da die Gewerbegerichte in Arbeiterkreisen allgemein eine sympathische Aufnahme gefunden haben.

Daß die Abgeordneten Camp, Hise und Jakobstötter diesen Einrichtungen großes Lob spenden, versteht sich von selbst, und daraus erklärt sich auch, daß die Anträge unserer Parteigenossen: die Rechte den Innungen nicht weiter zu gewähren, mit großer Majorität abgelehnt wurden.

Die deutschen bezopfsten Stützen von Thron und Altar waren am 27. April wieder einmal in Berlin zusammen, um gegen den Entwurf zur Organisation des Handwerks zu protestieren. Groß waren die Demonstrationen über das geringe Entgegenkommen der Regierung und großartig das Geschimpfe auf die rotze und goldene Internationale und komisch nahm sich gleichfalls die Drohung an, daß, wenn die Regierung den Wünschen der Bezopfsten nicht nachkäme, sie zur Sozialdemokratie abzuweichen würden. Die Herren haben wohl nicht daran gedacht, daß der Sozialdemokratie an solch' rückständigen „Geistern“ blühzeitig gelegen ist. Viel herausgekommen ist bei der ganzen Sache nicht. Eine Resolution, wonach den Innungen das Privileg in § 100 e und f erhalten bleibe, fand einstimmig Annahme, und ferner sollen die Mitglieder der Handwerkerkonferenz beauftragt werden, die einzelnen nachfolgenden Abänderungsvorschläge an dem Entwurf vorzunehmen und dieselben dem Reichstage zur Vertheilung zu unterbreiten:

1. Eine einheitliche Organisation des gesammten deutschen Handwerks in Form von Zwangsinnungen und unter Festhaltung der Dreitheilung Lehrling, Geselle und Meister eingeführt wird. Auch diejenigen Mitglieder des Handwerks, welche dasselbe fabrikmäßig betreiben, die Pflicht haben, der Innung beizutreten. Wo die Zwangsinnungen zur Zeit nicht durchführbar sind, da sollen den freien Innungen mit Genehmigung der Handwerkskammern und nach Anhörung des zuständigen Innungsverbandes gemäß § 104 g der N.-O.-D. die Rechte aus den §§ 100 e bis 100 m der bisherigen Gewerbeordnung in verbesserter Form verliehen werden;
2. Meister nur derjenige sich nennen darf, welcher in dem von ihm betriebenen Handwerk den Befähigungsnachweis erbracht hat. Nur ein solcher Meister darf lehren;
3. die Erhaltung und Förderung der Innungskrankenkassen gegenüber den Ortskrankenkassen gewährleistet wird.

Die beiden Vätermeister haben sich dann noch zum Schluß eine Resolution um Aufhebung der bekannten Bundesratsverordnung, die zwölfstündige Arbeitszeit der Bäckergehilfen betreffend, votiren lassen und damit war der Tratsch beendet.

Die Solidarität und Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter anläßlich des Hamburger Hafenarbeiterstreiks anerkennt die ultramontane „Klin. Volkszeitung“ mit folgenden Worten: „Ist das Beispiel der Proletarier für die übrigen Parteien, von denen ja auch sehr viel von Opferwilligkeit für die gute Sache“ gesprochen wird, beschämend, so magnt es zugleich auch, die Sozialdemokratie nicht zu unterschätzen. Rühmt sie sich auch ohne Grund, die einzige Partei zu sein, die noch Ideale und Idealismus besitze, so bezeugt die Opferwilligkeit doch so viel inneren Schwung und so viel tiefwurzelnde Kraft, daß man sich nicht einbilden soll, der Sozialdemokratie leicht Herr werden zu können, zumal mit Polizeimitteln. Eine Partei, die so viel willig für ihre Ziele leistet, ist eine Macht, der man die Existenzberechtigung nicht einfach wegdekretiren soll, wenn man sich nicht lächerlich machen will.“

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zählstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Dortmund. Unserer Pflicht gemäß können wir nicht umhin, die auswärtigen Kollegen auf eine Werkstätte aufmerksam zu machen, über die am hiesigen Orte die größte Entrüstung herrscht. Es ist die Werkstätte des Bau-, Kunst- und Möbel-Schneiders Schele in der Hochlandstraße. Selbiger Meister, welcher von

Selten unserer Kollegen hier am Plage schon so gebrandmarkt ist, daß er in Dortmund beinahe keine Kollegen mehr bekommen kann, sucht sich dieselben nun durch die „Polzarbeiter-Zeitung“ zu verschaffen...

Frauenberg. Am 2. April 26 Kollegen der Spielwaren-fabrik von Emil Weise die Arbeit. Auf unser Gesuch beim Hauptvorstand, um eine geeignete Person als Vermittler, wurde uns Kollege Willard-Berlin überwiesen...

Frauenberg. Sonnabend, den 1. Mai, sollte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit dem Referate: „Zweck und Nutzen der Organisation“ in unserem Vereinslokale stattfinden...

Walldheim. Da in Nr. 17 unserer Zeitung die Verhältnisse der städtischen Stuhlfabrikation geschildert wurden, halten wir es für unsere Pflicht, die Verhältnisse derselben am Orte näher zu beleuchten...

*) Es ist eine Unrechenschaft, die dem Dortmund, wenn sie die Expedition der „Polzarbeiter-Zeitung“ nicht sofort nach dem ersten Interesse anmerken damit machte, daß die Beschlüsse nicht veröffentlicht sind...

können wir über das Solidaritätsgefühl nicht klagen, ein Jeder trägt sein Scherlein bei, um den Geringwertigen Kollegen zum Siege zu verhelfen. Aber noch haben sich zwei Gefunden, dem Unternehmertum Dienste zu leisten, die diese beiden früher selbst Streikbrecherdienste nannten...

Bassau. Am vergangenen Sonntag waren zu der Versammlung der hiesigen Zahlstelle die Kollegen schriftlich und theils persönlich eingeladen; jedoch fanden es nur wenige Mitglieder der Wöhe wert, zu erscheinen. Der Delegierte der Regensburger Delegierten-Konferenz erstattete Bericht über den Verlauf derselben...

Altona. Am 27. April fand auf der Tagesordnung: Einführung einer Extrasteuer. Der Vorsitzende erklärt, daß wir Geld zur Dedung der Schulden vom Hafenarbeiterstreik anschaffen müßten und auch für unsere Kollegen, welche sich im Streik befinden...

Görlitz. In der Kinderwagenfabrik von Otto Pfeiffer in Görlitz sind Differenzen ausgebrochen. Grund dazu war: das uns auf ganz verächtliche Art und Weise angehaltene Ausführen, Fußten und Sengen in Verbindung mit ganz unerträglichem Afford-löhnen...

nieder. Kollegen Deutschlands, an Euch liegt es nun; wollt Ihr, daß unsere Verhältnisse so traurig bleiben? Das dürft Ihr nicht, das könnt Ihr nicht wollen. Gerade die in Kinder-wagenfabriken beschäftigten Kollegen sind der intensifsten Aus-beutung ausgesetzt...

nieder. Kollegen Deutschlands, an Euch liegt es nun; wollt Ihr, daß unsere Verhältnisse so traurig bleiben? Das dürft Ihr nicht, das könnt Ihr nicht wollen. Gerade die in Kinder-wagenfabriken beschäftigten Kollegen sind der intensifsten Aus-beutung ausgesetzt, weil unsere Branche neben den Bedarfs-artikeln im Großen und Ganzen Modeartikel anfertigt...

Hof i. B. In einer am 10. April stattgefundenen öffent-lichen Polzarbeiterversammlung schilderte Kollege Mohs aus Leipzig in ausführlicher Weise die Nothwendigkeit der Organi-sation und betonte, daß sich jeder Kollege seinem Verbands-an-schließen müsse, wenn er seine Lage verbessern wolle...

Langensie. (Situationsbericht.) Am 27. März dieses Jahres fand im Saale der hiesigen Brauerei eine öffent-liche Polzarbeiterversammlung statt, in welcher beschlossen wurde, den hiesigen Unternehmern, und zwar der Firma „Schlesische Holzindustrie-Gesellschaft, vormals Ruscheweyh & Schmidt“, folgende Forderungen zu unterbreiten...

Am 10. April fand eine zweite öffentliche Polzarbeiter-versammlung statt, in welcher die beiden Kommissionen Bericht erstatteten. Das Resultat der Unterhandlungen mit den Arbeit-gebern war folgendes: Die Firma Schlesische Holzindustrie-Gesellschaft vorm. Ruscheweyh & Schmidt bewilligte alle 14 Tage Frei-tag's Lohnzahlung und jeden Sonnabend Nachmittag um 6 Uhr Feierabend...

Mitarbeiter, indem die von der Direktion gemachte Bemerkung: Pünktlichkeit und Ordnung, nur hierauf Anwendung finden kann. Im Uebrigen bleibt hier viel zu wünschen übrig, indem der größte Theil der Kollegen unserer Versammlungen fernbleibt und sich dadurch unserem gemeinsamen Ziel entgegenstellt, da beispielsweise die oben angeführten Forderungen bei besserer Theilnahme unbedingt bewilligt worden wären, da bei dem jetzt günstigen Geschäftsgang beide Firmen bemüht sind, tüchtige Arbeiter heranzuziehen. Dieser Vorgang zeigt wiederum deutlich, daß von einer Harmonie zwischen Arbeit und Kapital keine Rede sein kann.

Offenbach a. M. Seit dem 12. April waren bei der Firma Gebr. Grünebaum in Bürgel, Dampfschneiderei für Buch- und Steinbrückenstifte, Differenzen ausgebrochen, welche zum größten Theil in der brutalen Behandlung seitens der Arbeitgeber zu suchen sind. Herr Emil Grünebaum liebt es, seine Arbeiter mit den ehrenrührigsten „Rosenamen“ zu beschimpfen, wie Strömer, Lump, Faulenzer, Fuldler usw. Die sanitären Zustände in der Werkstätte lassen viel zu wünschen übrig. So kommt es im Winter oft vor, daß die Arbeiter ausgeräuchert werden. Eine Fallthüre zum Keller und eine Bodenhiere, sowie die Schutzvorrichtungen an den Maschinen befinden sich in mangelhaftem Zustande und daher ist recht oft Gefahr für die Arbeiter vorhanden. Trotzdem die Besitzer mehrfach auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht wurden, ist doch nichts zur Besserung geschehen. Die Arbeiter waren dieser Rücksichtslosigkeit müde und stellten folgende Forderung: 1. Verfüzung der Arbeitszeit um zwei Stunden die Woche (dieselbe beträgt jetzt 62 Stunden); 2. bessere und humanere Behandlung als bisher. Was geschah? Die Herren Grünebaum lehnten diese berechtigten und bescheidene Forderung rundweg ab, und obendrein wurde dem Arbeiter, der die Forderung überbrachte, gedroht, aus der Thüre geworfen zu werden. Außerdem erklärte Herr E. Grünebaum: „Wem es nicht passe, der könne gehen“. Die acht Kollegen, welche die Forderung unterschrieben hatten, kündigten hierauf die Arbeit. Die Lohnkommission, welche mit Herrn Grünebaum verhandeln wollte, wurde von demselben abgewiesen; das zweite Mal wollte er sich die Arbeiter, welche er brauchen könne, aussuchen. Die Lohnkommission ging hierauf nicht ein, und kam es bei dieser Gelegenheit sogar zu Auftritten, wobei Herr Grünebaum seine oben gekennzeichnete Bildung in ihrem ganzen Uichte erscheinen ließ. Die Kollegen legten hierauf die Arbeit nieder, d. h. zwei fielen um, einer mit Namen Hüber, und ein Pole. Die Sache war somit im Sande verlaufen, die Kollegen sind anderweitig untergebracht. Wir können diese Werkstätte den Kollegen befehlen; wer keine Gefahren scheut und die seine Bildung des Herrn Grünebaum kennen lernen will, der möge zu ihm gehen. Außerdem wollen wir nicht veräumen, Herrn Grünebaum, welcher die Ehre hat, Lieferant von ca. 30 arbeitserfreundlichen Druckereien zu sein, auf's Beste zu empfehlen.

Konferenz der Zahlstellen der Provinz Hannover am 18. und 19. April in Pilsbeshelm.

Anwesend sind 16 Delegirte aus 13 Zahlstellen. Auf Tagesordnung steht Bericht der Agitationskommission und der Delegirten über die Organisation in einzelnen Orten. Lohnbewegung und Organisation der nächsten Zeit. Verschiedenes. Nach Wahl einer Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungskommission gab Kollege Becker, der Vorsitzende der Agitationskommission, einen längeren Bericht über die Thätigkeit derselben. Auf Antrag wird mit 11 gegen 5 Stimmen beschlossen, daß die Referenten an Orten erhalten: Wochentags M. 8, Sonntags M. 6, für halbe Wochentage M. 4,50, für halbe Sonntage M. 4. Einstimmig wird zum Beschluß erhoben, daß diejenigen Zahlstellen, welche für 2 Quartale ihre Beiträge an die Agitationskommission schulden, keinen Referenten erhalten. Nachdem sich sämtliche Delegirte über die Organisation, den Lohn und die Arbeitszeit ihrer Orte ausgesprochen, war Punkt 2 der Tagesordnung erledigt. Ueber Lohnbewegung und Organisation in nächster Zeit spricht Göbel-Hannover. Er führte aus, „daß die einzelnen Kollegen in den Versammlungen nicht als Schulmeister auftreten sollen“ und kritisiert das Behringswejen. Schluß der Sitzung 7 1/4 Uhr. Die Sitzung am Montag wird um 11 1/4 Uhr eröffnet. Die Delegirten Biegenheim aus Lauterberg, Weiß aus Bodenem und Marcus aus Gelle sind unentschuldig abgereist. Ihnen wird auf Antrag einstimmig ein Tadelvotum ausgesprochen.

Dem vierten Punkt spricht Kollege Becker sich gegen die Flugblätter aus. Dieselben hätten sich nicht bewährt. Kollege Hagermann kritisiert das Verhalten des Kollegen Göbel und verteidigt die Agitationskommission; dieselbe habe ihre volle Schuldigkeit gethan. Einzelne Redner kritisieren das scharfe Bearbeiten des Indifferentismus durch die Kollegen Becker und Larnow.

Kollege Becker verzichtet hierauf auf die weitere Bearbeitung der Provinz (!) Angenommen wurden noch folgende Anträge: „1. Die Konferenz alle 2 Jahre abzuhalten. 2. Bevor ein Ort in den Streik eintritt, sich mit der Agitationskommission in Verbindung zu setzen.“ Becker befürwortet eine „Erhöhung der Beiträge an die Agitationskommission, ferner eine außerordentliche Konferenz einzuberufen dann, wenn die Hälfte der Zahlstellen es für nöthig befindet.“ Die Zahlstellen Einbeck, Goslar und Osterode sollen befragt werden, warum sie sich an der Konferenz nicht betheiligt haben. Die Zahlstelle Alfels erucht die Delegirten der übrigen Orte dringend, den Zugang nach dort fernhalten zu wollen.

Der Sitz der Agitationskommission bleibt in Hannover. Nachdem Hagermann den Delegirten an's Herz gelegt, auch ferner für die Sache einzutreten, erfolgte um 3 1/4 Uhr Schluß der Konferenz.

Konferenz der Zahlstellen Pommerns.

Im vorigen Jahre wurde seitens der Mitglieder der kleineren Zahlstellen Pommerns der Wunsch laut, für die Provinz Pommern auch ein Agitationscomité einzusetzen, damit die Agitation unter den Kollegen für den Holzarbeiterverband mit besserem Erfolge betrieben werden könne. Und da der Hauptvorstand sich auch dafür erklärte und gegebenen Falls etwaige pekuniäre Unterstützung zusagte, wurde in einer kombinierten Mitgliederversammlung der Zahlstellen Stettin, Grabow, Bredow eine fünfgliederige Kommission gewählt, welche zunächst veranlaßte, daß in den verschiedenen Zahlstellen eine Abstimmung darüber vorgenommen wurde, ob die organisierten Kollegen die Einsetzung

eines Agitationscomités wünschten. Die Abstimmung ergab eine hebeutende Mehrheit dafür.

Es wurde nun zum zweiten Osterfeiertag, Nachmittags, nach dem Burowerischen Lokal in Stettin eine Konferenz der Zahlstellen Pommerns einberufen. Zu derselben waren Delegirte erschienen aus Stettin 3, Grabow, Bredow, Rastan, Colberg, Greifenhagen, Wolgast, Anklam, Stralsund-Barth und Esbitz je einer. Keine Delegirte hatten gesandt Stolp, Swinemünde, Stargard und Pasewalk.

Szepansky-Stettin bemerkt, daß hauptsächlich in den kleineren Zahlstellen Pommerns mehr Agitation zu entfalten sei. Auch seien dann die organisierten Kollegen darauf aufmerksam zu machen, falls sie nach anderen Orten reisen, vor Allem die von uns eingerichteten Arbeitsnachweise zu benutzen und das Umschauen zu unterlassen haben.

Der Stralsunder Delegirte berichtet, daß die Lohnverhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. Der Lohn schwankt von M. 14-17 wöchentlich bei einer Arbeitszeit von täglich über 10 Stunden. In Barth wird 10 1/2 Stunden täglich gearbeitet und beträgt der Mindestlohn M. 15 pro Woche.

In Anklam sind von 50 Kollegen 20 organisiert. In letzter Zeit ist es der Zahlstelle gelungen, die Arbeitszeit auf 10 Stunden zu reduzieren, jedoch schwankt der Verdienst zwischen M. 12-18 wöchentlich. Raft und Logis beim Meister ist vorherrschend.

In Esbitz sind von 80 Kollegen 47 organisiert. Verdienst M. 9-18 wöchentlich.

Ein Höchstlohn von M. 15 bei 11 stündiger Arbeitszeit wird in Colberg verdient. 50 Kollegen sind am Orte, davon 33 organisiert. Da ein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung steht, jedoch keine Redner am Orte sind, so ist es dringend notwendig, dorthin einen Referenten zu senden.

In Greifenhagen verdienen die Barkenmacher M. 10-12, Tischler M. 12-18. Korbmacher haben eine 12 stündige, Tischler eine 11 stündige Arbeitszeit. 12-13 Stunden wird in Rastan geschuftet. Behrlinge werden theils durch Androhung von Schlägen zur Sonntagsarbeit gezwungen.

In Wolgast wird in der Fabrik für Holzbearbeitung (Altien-Gesellschaft, früher Kräft) seit dem 1. April d. J. 10 Stunden gearbeitet. Durchschnittslohn M. 18.

Ein von der Zahlstelle Anklam gestellter Antrag: „Zur Deckung der Unkosten, zur Verbreitung von Flugblättern und Zusendung von Referenten zahlen die Zahlstellen pro Mitglied und Monat 3 M.“ wird angenommen. Beschlossen wird, daß der Sitz des Agitationscomités in Stettin bleibt, die Mitglieder hierzu sind in einer kombinierten Mitgliederversammlung der Zahlstellen Stettin, Grabow und Bredow zu wählen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Matseier der Berliner Holzarbeiter gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration, wie man selbige in den vorhergehenden Jahren nicht erlebt hat. Die Berliner Tischlerinnung, sowie der Verein der Holzindustriellen glaubten ihr Möglichstes leisten zu müssen, indem in letzter Stunde unter sämtlichen Arbeitgeberern ein Zirkular verbreitet wurde, welches aufforderte, allen feiernden Arbeitern nicht nur vor Mittwoch den schuldigen Lohn nicht zu zahlen, sondern auch bis zu diesem Tage auszusperrn. Wie kleinlich sich diese Maßregel erwies, zeigte die Versammlung. Um 10 Uhr Vormittags hatten sich ungefähr 10 000 Holzarbeiter in der „Neuen Welt“ eingefunden, die Hauptverkehrsstraße zeigte eine richtige Bienenwanderung. Genosse Reichstagsabgeordneter A. Nebel erledigte in einer circa zweistündigen, mit brausendem Beifall aufgenommenen Rede glänzend seine Aufgabe. Es erhoben sich ungefähr 100 bis 120 Kollegen, welche auf Grund des Beschlusses der Arbeitgeberverbände von der geplanten Aussperrung betroffen waren. Nachdem von anwesenden Sängern der Würde des Tages entsprechende Lieder vorgetragen waren, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die internationale Arbeiterverbrüderung und den Achtfundentag geschlossen.

In den Nachmittagsstunden betheiligten sich die Kollegen an den von den Zahlstellen anberaumten Vergnügungen, trotz des unfreundlichen Aussehens des Wettergottes (denn es regnete fast den ganzen Tag unaufhörlich) waren die Lokale überfüllt, so daß in einzelnen ein großer Theil keinen Einlaß mehr fand.

Vormittags fanden 23 Gruppenversammlungen statt, in den Abendstunden fanden sich die Genossen in 14 der größten Lokale mit ihren Familien ein, um die Bedeutung des 1. Mai in Würde zu begehen.

Von den Holzarbeitern Hamburgs hatten sich ca. Tausend an dem gemeinsamen Zuge nach dem Vororte Horn betheiligt. Trotzdem der Arbeitgeberverband, dem auch die Tischlerinnung angehört, beschlossen hatte, sämtliche am 1. Mai feiernden Arbeiter bis zum 10. Mai auszusperrn, hatten es sich die Holzarbeiter nicht nehmen lassen, wie im Vorjahre so auch in diesem Jahre das größte Kontingent sämtlicher Hamburger Gewerkschaften zur Matseier zu stellen. Für das „Hamb. Echo“ organisierte die Hamburger Holzarbeiter, die den größten Theil der Demonstranten ausmachten, allerdings nicht. Wie wir hören, sind von Maßregelungen nur einzelne Kollegen betroffen worden. So wurden bei der Firma Martin Koter und, St. Georg (Tischlerei für Ladeneinrichtungen), sechs Kollegen entlassen. Von 26 dort arbeitenden Tischlern hatten 22 unterschrieben, daß sie sich an der Matseier betheiligen wollten, 16 davon, darunter 11 Verbandsmitglieder, haben sich aber breitschlagen lassen und brachen ihr gegebenes Ehrenwort.

Die Mitgliederversammlung am 4. Mai wird beschließen, was bezüglich der Aussperrungen geschehen soll. Von anderen Orten ist uns über die Betheiligung der Holzarbeiter, mit Ausnahme von Halle, nichts berichtet worden. Doch steht wohl fest, daß unsere Kollegen ihrer Zahl entsprechend überall, wo Massenbewegte Arbeiter die Matseier durch Arbeitsruhe begingen, mit in erster Reihe gestanden haben dürften. Das ist ein erfreuliches Zeichen und berechtigt auch für die in Rede stehenden Lohnkämpfe zu den besten Hoffnungen.

Zum Tischlerstreik in Wilhelmshaven wird mitgeteilt: Heute, am 3. Mai, haben die Kollegen in den Werkstätten, wo nicht bewilligt wurde, die Arbeit niedergelegt, andere reichten ihre Kündigung ein. In sieben Werkstätten ist bis jetzt bewilligt; wir erhalten keine andere Antwort als: „Wenn Alle bewilligen, bewillige ich auch.“ Wir müssen vorläufig abwarten; ein sehr harter Zugang findet sowieso nach Wilhelmsh.

haben nicht statt und werden wir wohl schon aufpassen. Mehr wäre vorläufig nicht zu berichten.

Die Lohnkommission der Tischler in Hannover-Stunden macht die kurze Mitteilung, daß die Forderungen in 107 Werkstätten mit 607 Kollegen bewilligt sind. Im Streik stehen 211 Kollegen. Die Innung hat beschlossen, den Forderungen nicht stattzugeben.

Die Tischler der Billig'schen Werkstat in Luckenwalde haben ihre Forderungen nach fünfjährigem Kampfe bewilligt erhalten, desgleichen bewilligten noch einige Kleinmeister. Der Streik dauert also noch fort. Den Bürstenmachern bei Eichholz ist die frühere Arbeitszeit noch nicht wieder anfortrotzt worden, aber allem Anschein nach beabsichtigt er, die bewilligten Forderungen wieder rückgängig zu machen; die Arbeiter werden sich aber dagegen zu wehren wissen.

Der Werkstättenstreik bei Gebr. Grünebaum in Bürgel bei Offenbach ist infolge Vorbrückigkeit zweier Kollegen im Sande verlaufen. (S. Bericht.)

In der Stuhlfabrik von Gg. Damm in Laura bei Burgstädt in S. wurden am 1. Mai drei Stuhlbauer, darunter der Vertrauensmann, entlassen. Alle übrigen Mitarbeiter erklärten darin eine Maßregelung und haben gekündigt. Zugang von Stuhlbauern, Polstrern und Drechsler ist daher ferngehalten.

Die Rostocker Tischler haben am 3. Mai gekündigt und werden am 17. Mai, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, in den Streik einzutreten. Zugang ist fern zu halten.

Tischlermeister Weigel in Lössen hat fünf Kollegen wegen Feierns eines halben Tages am 1. Mai entlassen. Es werden vornehmlich die Zahlstellen in Baugen, Görlitz, Dresden und Pitzna erucht, hiervon Notiz zu nehmen. Weigel wird zunächst nach Görlitz auf Gefellensuche gehen.

Die Zahlstelle in Wolgast hat über die Werkstätten der Tischlermeister Ledrupp, Dinsie und Scharf wegen Nichtbewilligung der 10 stündigen Arbeitszeit die Sperre verhängt.

Die Tischler in Hochheim bei Worms a. Rh. warnen die reisenden Kollegen, sich nicht unter falschen Vorworgelegungen nach dort locken zu lassen, da die Lohn- und Arbeitsverhältnisse keineswegs so rosig sind, wie sie ihnen ausgemalt werden. Nähere Auskunft darüber mögen die reisenden Kollegen auf dem Arbeitsnachweis in Worms im Speyerer Hof, Speyerstraße 7, einziehen.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben, daß Zugang von Schreibern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach der Beifstellungsfabrik, Gebrüder Schöndorf, Derendorferstraße, streng ferngehalten ist, weil die Kollegen dortselbst sich im Ausstand befinden. Dieselben fordern neunstündige Arbeitszeit und 15 pSt. Akkordzuschlag. Herr Schöndorf will die neunstündige Arbeitszeit bei gleichem jetzigen Tagelohn, aber ohne Akkordzuschlag, vom 15. August an einführen. Die Kollegen verlangten es aber jetzt schon und vermuthen dieselben, wenn sie den Vorschlag des Herrn Schöndorf annehmen, sie dann überhaupt nicht mehr in Lohn arbeiten könnten, sondern nur Akkord erhalten, und was dieses zu bedeuten hat, kann sich Jeder denken, denn jetzt wird z. B. für ein Paar Betthäupter, Lannen, Zusammenkleimen, Abputzen und Anschlagen 70 M bezahlt, bei neunstündiger Arbeitszeit würden die Kollegen dann eben nicht mehr auf ihren jetzigen Tagelohn kommen, welcher ebenfalls kein den hiesigen Verhältnissen entsprechend glänzender ist. Da nun Herr Schöndorf sich auf weiter nichts eingelassen hat, so sahen sich die Kollegen gezwungen, die Arbeit niederzulegen.

Zu bemerken ist noch, daß die Bildhauer vor Kurzem die neunstündige Arbeitszeit ohne Streik errungen haben. In einem Geschäft, wo 14 Bildhauer beschäftigt sind, wurde dieselbe für alle Arbeiter, Schreiner, Drechsler, Maschinenarbeiter usw. (an 70 Arbeiter) eingeführt. Dieser Erfolg bei der Firma Bouyten Söhne veranlaßte die Kollegen der größeren Werkstätten hier selbst, ebenfalls vorzugehen. So wurde in dem Geschäft von Gabh, Derendorferstraße (22 Mann), die neun- einhalbstündige Arbeitszeit bei bisherigem Tagelohn bewilligt. Ebenfalls ist diese Forderung noch in mehreren Geschäften gestellt, und so ist es gekommen, daß die Kollegen bei Gebr. Schöndorf in den Ausstand getreten sind. Wenn der Zugang eine bis zwei Wochen ferngehalten wird, so werden wir zum Siege gelangen. Die Haltung der Streikenden ist eine gute. Der größte Theil der Kollegen ist organisiert.

Aus Halle a. S. wird berichtet: Zugang von Tischlern, Drechslern und Bildhauern ist infolge Maßregelung unbedingt von hier ferngehalten. Grund dazu ist folgender: Circa 150 Kollegen verschiedener Werkstätten hatten sich erlaubt, die Matseier durch Arbeitsruhe zu begehen, darauf wurden seitens des Meisters Andag, in Firma Reinitz & Andag, durch Zirkular am Abend des 1. Mai die Mitglieder der Innung zu einer außerordentlichen Versammlung eingeladen und wurde dajelbst beschlossen, diejenigen Gesellen, welche am 1. Mai gefeiert, bis 10. Mai auszusperrn. Unsere Kollegen sind nun nicht gewillt, diese Maßregelung sich ohne Weiteres gefallen zu lassen, sondern sind fest entschlossen, wenn es sein muß, noch länger zu feiern. Der weitere Bericht folgt, da eine zu Montag, den 8. Mai, einberufene öffentliche Holzarbeiterversammlung sich mit dieser Sache beschäftigen und weitere Schritte thun wird. Wird der Zugang unbedingt ferngehalten, so kann die Aussperrung nicht von langer Dauer sein, da die tüchtigsten Kräfte gerade gefeiert haben und Arbeit hier genug vorhanden ist.

Ueber die Bildhauerwerkstatt von Julius Köhler in Chemnitz, Klosterstraße, ist wegen Wohnveränderungen, und über die Firma Robert Reichel, Gartenstraße 10, wegen Ausführung von Streikarbeiten die Sperre verhängt worden.

In der Rinderwagenfabrik von Otto Pfeiffer in Görlitz haben vier Korbmacher die Arbeit eingestellt. Zugang ist ferngehalten. (Siehe Bericht in dieser Nummer.)

Der Verein bayerischer Holzinteressenten wird in München in diesem Monat seine erste Generalversammlung abhalten. Dem Verein, welcher bereits 1000 Mitglieder zählt, gehören bis jetzt fast durchweg Sägewerksbesitzer an, doch ist in nächster Zeit der Beitritt einer größeren Zahl von Interessenten des Waldbesitzes namentlich auch aus den Reihen der kleineren Waldbesitzer zu erwarten. Die Erhöhung der Holzpreise wird das Hauptziel des Vereines sein. Nebenbei wird auch die „Arbeiterfrage“ eine Rolle spielen.

Kn. Ein neues Opfer des Milzbrandes. Ein Schreinergehülfe, der bei einem in den Vereinigten Pfinzfabriken beschäftigten Porzellanjuristen logiert und auch dort gewohnt hat, ist vorige Woche an Milzbrand-Vergiftung erkrankt und nach einigen Tagen an dieser heimtücklichen Krankheit gestorben. Dieser Todesfall dürfte lediglich auf die in dieser Industrie in so ausgedehntem Maße vorhandene Heimarbeit zurückzuführen sein. Unbegreiflich ist es, daß die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht zu der Einsicht kommen, daß es doch wahrhaftig schlimm genug ist, wenn sie sich Tags über in den Betrieben der Gefahr aussetzen, von dieser heimtücklichen Krankheit befallen zu werden, und sollten dann nicht noch Abends sich selbst, sondern auch ihre übrigen Familienangehörigen, hauptsächlich die Kinder, diesen Gefahren aussetzen. Nach unserer Ueberzeugung sollten von Seite des Bundesraths unverzüglich Schritte gethan werden, um ein Verbot dieser Heimarbeit herbeizuführen.

Hierzu wird der „Münchener Post“ aus Nürnberg geschrieben:

Es entsteht die Frage: seit wann kommt in der Pfinzindustrie Heimarbeit vor? Nun, solche war früher auch vorhanden, jedoch nur in geringfügigem Maße. Aber seit Beendigung des großen Pfinzarbeiterstreiks 1889/90 haben die Fabrikanten sich verpflichtet, für Ueberstunden 25 Prozent Lohnzuschlag zu bezahlen, und um diese Extrazahlung zu sparen, lassen die Unternehmer in den Fabriken keine Ueberstunden mehr arbeiten, geben aber den Arbeitern Material zur Extrarbeit mit nach Hause.

Und die Arbeiter, elend bezahlt, nehmen diese Hausarbeit nicht nur an, sondern zeigen sich darum, obwohl sie von der Gesundheitschädlichkeit derselben vollkommen überzeugt sind und in ihrer Organisation fortwährend darüber belehrt werden! Aber um der paar Pfennige Extraverdienst willen fügen sie sich in die Hauslaverei und verpflanzen das Gift noch in ihre Wohnungen! Wie von der Milzbrandkommission der Pfinzarbeiter festgestellt worden ist, sollen mitunter 50-60 Prozent der in den Pfinzfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Heimarbeit machen. Angesichts dieser Thatfachen hat der zweite Arbeiterkongress, Dorn, selbst Pfinzarbeiter, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der zur Bekämpfung der Milzbrandseuche eingesetzten Kommission eine längere, wohl motivirte Eingabe an den Fabrikinspektor Kopp gerichtet, mit dem Ersuchen, derselbe möge dafür eintreten, daß dieses Ritmachgeschwehen von Arbeit in der Pfinzindustrie verboten werde.

Der Herr Fabrikinspektor, der bekanntlich nicht zu den schneidigsten Beamten gehört, wenn es sich um Maßnahmen gegen die Unternehmer handelt, hat darauf geantwortet, daß er zunächst keinen gangbaren Weg sehe, auf dem die Beseitigung dieser Art Heimarbeit herbeigeführt werden könne. Gewerbe-polizeilich könne nicht eingeschritten werden, es könne nur durch den Magistrat den Aerzten aufgegeben werden, ein offenes Auge auf diese Mißstände zu haben. Auf diese Antwort hin ist eine erneute Eingabe an den Magistrat gerichtet worden, die hoffentlich von einigem Erfolg sein wird, da ja vor Kurzem erst sogar Herr v. Jellisch einen Ministerialerlaß publizirt hat, wodurch Distrikts- und Lokalpolizeibehörden nicht bloß ermächtigt, sondern direkt angewiesen werden, bei gesundheitlichen Mißständen, wo Gefahr im Verzug ist, nicht erst Erlasse des Bundesraths und der Landeszentralbehörden abzuwarten. Sie sollen vielmehr aus eigener Initiative vorkommende Maßnahmen, das wären in diesem Falle verschärfte Vorschriften in Bezug auf Wasch- und Kleide-räume, Desinfektion des Rohmaterials u. dgl., treffen.

Als vor einiger Zeit diese Ministerialverfügung im Magistrat bekannt gegeben wurde, versprach der betr. Polizeireferent auch, alsbald entsprechende Vorschriften auszuarbeiten. Bis heute aber hat man noch nichts davon gehört. Hoffentlich sprechen sich die nun sicher zu erwartenden Anordnungen auch auf sanitäts-polizeiliche Vorschriften über die Hausarbeit. Das Reichs-gesundheitsamt aber pflegt immer noch der tiefsten Unheil!

Bemerkt sei, daß vor 14 Tagen auch in Altona-Ottensen ein Gerber an Milzbrandvergiftung gestorben ist.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

190 Maurer streiken in Meersburg um schaffnädige Arbeitszeit und 35 1/2 Stundenlohn.

Die Leipziger Maurer haben beschlossen, jetzt die Arbeit nicht niederzulegen, sondern eine günstigere Gelegenheit abzuwarten. Die Unternehmer hatten das Gewerbegericht als Schlichter abgelehnt.

In Siegen streiken Zimmerer und Maurer; in Ettlin die Seilschneider. In Brandenburg streiken über 1000 Arbeiter.

Die Stukkateure in Köln haben ihre Forderungen bei 17 Meistern durchgesetzt. Fünf weigern sich noch zu bewilligen. In Dresden fordern die Stukkateure die schriftliche Anerkennung ihres Tarif.

In Grimnitz streiken die Textilarbeiter bei mehreren Firmen. Einzeln haben die Forderungen bewilligt.

In Weiden streiken die Weber, weil ihre Forderungen auf schaffnädige Arbeitszeit und 36 1/2 Stundenlohn für Gehälften über 18 Jahre nicht bewilligt wurden.

Die Metallarbeiter Stuttgarts streiken: schaffnädige Arbeitszeit mit 10 1/2 Stundenlohn für Zeit- und Akkordlohn, 25 1/2 Stundenlohn für Ueberstunden bis Abends 8 Uhr, 50 pZt. Zuschlag für Nachtarbeit von Abends 8 Uhr bis Morgens 5 Uhr und für Sonntagarbeit, 50 1/2 Minutenlohn pro Stunde, 1 1/2 schaffnädige Rüstungsarbeiten.

Die fünfte Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes tagte in Braunschweig. 74 Delegirte waren anwesend. Dem Bericht des Vorstandes, der sich auf die letzten zwei Jahre erstreckt, ist zu entnehmen: Am 31. Dezember 1894 zählte der Verband 337 Verwaltungen mit 26 773 eingeschriebenen Mitgliedern, wozu 40 Bevollmächtigte im Königreich Sachsen mit 6002 und 603 Einzelmitglieder der Hauptklasse kommen. 1895 stellte sich diese Zahl wie folgt: 351 Verwaltungen mit 27 270, 50 sächsische Bevollmächtigte mit 5513 Mitgliedern und 405 Mitglieder als Einzelzahler des Verbandes. Ende 1896 waren in 368 Verwaltungen 40 971, bei 44 Bevollmächtigten in Sachsen 8028 und als Einzelzahler des Verbandes 300, also zusammen 49 001 eingeschriebene Mitglieder. Im verfloßenen Quartal hat sich diese Zahl bedeutend erhöht.

Die Erhöhung der Wochenbeiträge von 15 auf 20 1/2, die auf der letzten Generalversammlung in Magdeburg beschlossen wurde, hat dem Verband einen augenblicklichen Mitgliederzuwachs gebracht, der sich aber bald, wie obige Zusammenstellung beweist, zum Besten wendete.

Die Gesamteinnahme in den letzten zwei Jahren betrug sich auf M. 812 700,71; der gegenwärtige Kassenbestand beträgt M. 63 662,37. Die Ausgaben selbst und die Schwankungen in den einzelnen Ausgabenposten, welche treffend die prinzipielle Stellung des Verbandes zeigen, gehen aus folgenden Ziffern hervor: Die Ausgaben für Agitation stiegen von M. 1721 im Jahre 1891 auf M. 9330 im Jahre 1896. Auch die Ausgaben für das Verbandsorgan (Deutsche Metallarbeiter-Zeitung) stiegen von M. 31 278 auf M. 46 928. — Die größte Steigerung erfuhr die Ausgaben für Streikwende. Es wurden dafür ausgegeben: 1892 M. 1460, 1893 M. 6376, 1894 M. 31 601, 1895 M. 35 277, 1896 M. 94 575. Wie bei der Steigerung der Mitgliederzahl ist auch hier der wirtschaftliche Aufschwung von höchstem Einfluß. Die Zahlen zeigen aber auch, daß die Tendenz in der Leitung des Verbandes sich auf den wirtschaftlichen Kampf zuwipft. Erhöht wird diese Auffassung dadurch, daß die Ausgaben für Unterstützung wandernder Vereinsmitglieder sich seit 1895 auf absteigender Bahn bewegen. Es wurden dafür gezahlt: 1892 M. 47 317, 1893 M. 47 642, 1894 M. 66 643, 1895 M. 49 092, 1896 M. 23 478.

Die oben gezeigte Erweiterung der Ausgaben für Streiks läßt es angebracht erscheinen, über den Erfolg bei Streiks sonst und jetzt Vergleiche anzustellen. Es sind durch den Verband geführt worden: 1893 5 Streiks mit 78 beteiligten Arbeitern; 1894 23 Streiks mit 953 Arbeitern; 1895 16 Streiks mit 993 beteiligten Arbeitern; 1896 44 Streiks mit 2369 beteiligten Arbeitern. Der Ausgang dürfte am besten dadurch beleuchtet werden, daß der Prozentsatz derjenigen am Streik beteiligten Arbeiter angegeben wird, welche vom Streik keinen Nutzen hatten. Das war der Fall 1893 bei 80 pZt. der Streikenden, 1894 bei 50 pZt., 1895 bei 21 pZt., 1896 bei 29 pZt. der beteiligten Arbeiter. Auch hier ist der Einfluß der Geschäftskonjunktur unverkennbar.

Die wichtigste auf der Generalversammlung zur Verathung stehende Frage ist die seit Monaten in der „Metallarbeiter-Zeitung“ und Versammlungen diskutirte: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Segitz und Scherm, die früher beide Gegner einer solchen waren, legen sich energisch dafür ins Mittel, Peterhann, der Vorsitzende des Ausschusses, ist ebenso energisch gegen dieselbe. Fast alle Delegirten, mehrere wiederholt, beteiligten sich an der Debatte, die mit der Ablehnung der Einführung mit 51 gegen 23 Stimmen endete. Die Bormahme einer Urabstimmung wird gleichfalls mit 48 gegen 28 Stimmen abgelehnt.

Das Verhältniß zur Generalkommission wird mit 48 gegen 27 Stimmen beibehalten beschlossen.

Es folgt Verathung des Antrages auf Abschaffung der Reiseunterstützung. In namentlicher Abstimmung wird mit 65 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Reiseunterstützung beizubehalten.

Ferner wird gegen 3 Stimmen beschlossen, für die Zukunft bei allen wichtigen Fragen eine Urabstimmung vorzunehmen. Ebenso wird die Beibehaltung des Obligatoriums für die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ durch Uebergang zur Tagesordnung über die diesbezüglichen Anträge beschlossen.

Sodann stehen die Bedingungen zur Verathung, unter denen der Beitritt der Berliner Lokalorganisation zum Deutschen Metallarbeiterverband erfolgen kann und über die Ditjin-Berlin referirt.

In der Debatte werden nur von einigen wenigen Rednern Bedenken gegen die Ausführungen des Referenten erhoben, allgemein aber wird der Wunsch nach Verschmelzung laut. Die wenigen Bedenken zerstreut Ditjin in seinem Schlusswort. Sodann erfolgt die Abstimmung, durch die gegen nur eine Stimme die Statutenberathungskommission ermächtigt wird, die Statuten nach den Anträgen des Vorstandes zu ändern. Diese Anträge enthalten die Wünsche der lokalorganisirten Berliner Kollegen; damit ist der Beitritt des Lokalverbandes der Berliner Metallarbeiter zu den von diesen gestellten Bedingungen gutgeheißen. Dieser Beschluß hat infolgedessen eine ganz besondere Bedeutung, als damit die größte Lokalorganisation mit 9000 Mitgliedern die Auflösung vollziehen wird und zur einheitlichen Gestaltung der Organisation in der Metallarbeitergewerkschaft die Wege geebnet sind.

Es folgt die Verathung über die Presse. Nach einem kurzen Referat des Redakteurs Scherm, an dessen Thätigkeit nur ganz geringfügige Ausstellungen gemacht werden, kommen folgende Anträge zur Annahme: 1. Die langweiligen Berichte sind zu kürzen, dagegen mehr Werth auf Feuilletons (allgemein-technische Artikel) zu legen; 2. Inserate betr. Arbeitsgesuche von solchen Orten, an denen Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeiter sind, dürfen nicht mehr aufgenommen werden; 3. eine Einrichtung in der Zeitung zu schaffen, durch die Artikel die Aufnahme ermöglicht wird, die der Aufklärung der Frauen dienen.

Zur Verathung steht der § 21 des Statuts, Streikreglement. Es werden folgende Beschlüsse gefaßt: Verwaltungen über 3000 Mitglieder können selbstständig (ohne Genehmigung des Vorstandes) in Streiks eintreten und die Sperrung über Werkstätten verhindern. Beschäftigte Angestellten müssen dem Vorstande drei Monate vorher mitgetheilt werden. Abwehrstreiks sind 24 Stunden vorher zu melden. Bei jedem Streik hat der Vorstand einen Bevollmächtigten in das Streikgebiet zu senden, zur Information sowohl als zur Durchführung des Streikreglements. Innerhalb drei Tage ist ein Situationsbericht an den Vorstand zu senden. Sobald der Streik länger als vier Wochen dauert, muß die Einsetzung des Bevollmächtigten wiederholt werden. Die Ausschüsse für den Bezug von Streikunterstützung

wird auf 26 Wochen festgesetzt. Der Vorstand ist berechtigt, in besonderen Fällen diese Zeit auf 18 Wochen zu verkürzen. Sobald eine Woche kein Bericht an den Vorstand erstattet wird, ist derselbe berechtigt, die Weiterzahlung der Streikgelder zu verweigern. Wenn gleichzeitig mehrere Streiks bestehen, so ist in der Unterstützungs- und Genehmigungstrage denjenigen der Vorzug zu geben, die auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind. Diese Fassung des Streikreglements wird einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution folgenden Inhalts: Streiks wegen Maßregelung sind zu vermeiden, dafür aber die Unterstützung der Gemäßigten reichlicher zu bemessen. Ob Maßregelung vorliegt, entscheidet der Vorstand resp. die Mitgliederversammlung des betreffenden Ortes. Sperrung sollen nur dann verhängt werden, wenn daraus ein Vortheil für die Mitglieder entstehen kann. Sammelreisen darf nur der Vorstand ausgeben.

Es folgt Statutenberathung. Die wesentlichen Veränderungen betreffen Erweiterung der Rechte derjenigen Verwaltungen, welche mehr als 3000 Mitglieder haben. Diesen Verwaltungen wird das Recht zugesprochen, Unterstützungen in besonderen Nothfällen ohne Genehmigung des Vorstandes zu bewilligen. Ebenso kann Rechtschutz von solchen Verwaltungen selbstständig erfolgen.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Stuttgart, der des Ausschusses in Frankfurt a. M., die „Metallarbeiter-Zg.“ wie bisher in Nürnberg.

Die sechste Generalversammlung des Verbandes der Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter tagte am 18. und 19. April in Berlin. Anwesend waren acht Delegirte aus acht Bezirksstellen, drei Mitglieder des Vorstandes und der Vorsitzende des Ausschusses. Die Bezirksstellen Königsberg und Remel hatten des hohen Kostenpunktes wegen von einer Delegation abgesehen.

Dem Berichte des Vorstandes entnehmen wir Folgendes: Auf der 5. Generalversammlung fand gleichfalls wie auf der gemauerten der Antrag: Anschluß an den Holzarbeiterverband. Ein Antrag auf der Generalversammlung, eine Urabstimmung über den eventuellen Anschluß vorzunehmen, ergab, und zwar unter schwacher Theilnahme, daß 214 Mitglieder sich dafür, 120 sich gegen den Anschluß erklärten. Es blieb also bei dem bisherigen Weiterbestand des Verbandes. Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des Jahres 1895: 507, ging bis zum Schlusse des Jahres 1896 wieder auf 896. An Gemäßigten-Unterstützung wurden im Jahre 1896 M. 191, vornehmlich an Berliner Mitglieder, verausgabt. Für Streiks anderer Berufe M. 60. Im Jahre 1896 wurden für Streiks verausgabt zur Unterstützung der Berliner Mitglieder M. 1500, für die Fasanarbeiter Hamburgs M. 250, für die Textilarbeiter Althausens M. 10, für die Fässer im Meßdistrikt M. 50. Im Jahre 1897 wurden den Fasanarbeitern Hamburgs nochmals M. 150 überwiesen.

Die Agitation war den Umständen und Verhältnissen entsprechend. Gegründet wurden die Bezirksstellen Oderberg und Remel. Die Diskussion ergab, daß Ausstellungen an dem Berichte fast nicht gemacht wurden; wenn einzelne Delegirte auch größere Erfolge gewünscht hätten, so mußten sie doch zugeben, daß unter den obwaltenden Umständen nicht mehr zu erreichen war.

Dem Kassenberichte entnehmen wir folgende Ziffern: Für die Jahre 1895 und 1896 hatte der Verband eine Gesamteinnahme von M. 3236,95 zu verzeichnen, der eine Ausgabe von M. 2488 gegenübersteht, darunter für Agitation M. 42,95, für Unterstützung an Gemäßregelte M. 191, für Streiks an Berufscollegen M. 1500, für Streiks anderer Gewerkschaften M. 435, für Rechtschutz M. 10, an die Generalkommission M. 245, für das Abonnement auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ M. 71,40; die Verwaltungskosten betragen insgesammt M. 403,49. Es wird noch erwähnt, daß es wohl besser sei, die Gelder des Gemäßigten- und Agitationsfonds zu heben und dieselben der Hauptkasse zu überweisen; im Uebrigen sei es wünschenswert, daß die Mittel für Agitation, wenn sie nicht allzu groß sind, von den einzelnen Bezirksstellen getragen und nicht aus der Hauptkasse bestritten würden.

Eine rege Diskussion entspinnt sich über Zweck und Nutzen der Industriebünde. Nach einem kurzen einleitenden Referate des Vorsitzenden, das eine ganze Reihe Punkte aufweist, die den Anschluß an den Holzarbeiterverband für zweckmäßig erscheinen lassen, ging die Meinung, vornehmlich der Berliner Delegirten, dahin, daß der Anschluß nicht zu empfehlen sei. Der zunächst liegende Grund sei doch nicht allein der der Zweckmäßigkeit, sondern der, ob eine Organisation lebensfähig sei, auch ohne daß sie sich einem größeren Verbände anschließen; das Letztere sei der Fall. Die Organisation habe seit Kurzem um 400 Mitglieder zugenommen, so daß sie jetzt 900 zähle. Im Uebrigen wunderte sich der Vertreter des Ausschusses, daß dieser Antrag seit 1893 seitens des Vorstandes immer wieder gestellt wurde, obgleich derselbe doch immer regelmäßig abgelehnt sei; er schloß daraus, daß der Vorstand keine große Lust zu haben scheint, noch für den Verband thätig zu sein. Ein Haupthinderniß seien die höheren Beiträge, die im Holzarbeiterverbande gezahlt würden. Es sei unmöglich, den schlecht bezahlten Maschinenarbeitern einen Beitrag von 20 1/2 pro Woche aufzuerlegen; es würde dann nicht nur äußerst schwer sein, die indifferenten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, es würden auch eine ganze Reihe Mitglieder, vornehmlich aber die in Remel, Oderberg usw., austreten. Für Berlin kam ein anderer Umstand in Betracht. Während es laut Statut des Holzarbeiterverbandes gestattet ist, daß an Orten, wo eine größere Anzahl Kollegen eines Berufes vorhanden, für dieselben eine Sektion gebildet werden kann, will die Bezirksstelle in Berlin von einer solchen für die auf Holzplätzen und an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter nichts wissen; die Verwaltungsbeamten haben erklärt, daß sie diese Arbeiter wohl als Mitglieder aufnehmen, ihnen aber eine Sektion nicht einräumen wollen, auch würde ihr Arbeitsnachweis und das Vertrauensmänner-System aufgehoben werden müssen. Wenn Alles das sein sie vollständig macht, und rechtlos und da könne ihnen Niemand zumuthen, daß sie sich anschließen sollten. Außerdem läge in Betracht, daß sie sich namentlich zu den Tischlern nicht leicht hingezogen fühlen, da sie von diesen, allerdings mit Ausnahmen, nicht als Kollegen, sondern als bloße Ausbeutungsobjekte behandelt und betrachtet würden.

Der auf Wunsch des Vorstandes anwesende Vertreter der Generalkommission, H. S. P., verfuhr hierauf in längeren Ausführungen alle die erhobenen Bedenken zu zerstreuen. Er wies darauf hin, daß den Arbeitern des in Frage stehenden Berufes ohne Weiteres auf ihren Antrag das Recht, eine Sektion zu bilden

eingedrückt werden müsse, die Zahlstelle könnte ihnen dasselbe nicht verweigern. Ueber die Frage des Arbeitsnachweises ließe sich eine Verständigung herbeiführen. Im Uebrigen warne er davor, die Beschlüsse immer auf Berliner Verhältnisse zuzuschneiden. Berlin sei nicht die Welt. Das überaus traurige Schauspiel, das der Streit über die Organisationsform, speziell in Berlin, biete, bedaure wohl Niemand mehr, als die Generalkommission. Um die Zersplitterung der Kräfte der Organisationen zu vermeiden, müsse sie, dem Beschlusse des letzten Gewerkschaftskongresses entsprechend, dahin wirken, daß nicht nur die Zentralisation als die den heutigen Verhältnissen am besten entsprechende Organisationsform angefohrt, sondern auch die kleinen Zentralverbände sich ihren größeren Berufsverbänden anzuschließen hätten.

Nachdem der Vorstand, der Bremer und Hastedter Delegirte sich nochmals energisch für und der Wandsbeter und die Berliner Delegirten sich aus den schon angegebenen Gründen gegen den Anschluß aussprachen, erfolgte die Ablehnung mit 6 gegen 4 Stimmen. Jedoch wurde der Anschluß noch zwei 2 Jahren in sichere Aussicht gestellt, wenn die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes in Berlin Entgegenkommen zeige.

Der Punkt: „Ortsklassen und freie Hilfsklassen“, ist nur deshalb auf die Tagesordnung gesetzt, weil in Verbindung mit der Ausbreitung und Stärkung der Organisation es empfehlenswerth sei, den Mitgliedern in Krankheitsfällen eine Beihilfe zu gewähren oder mit anderen Worten eine Krankengeld-Zuschußkasse zu gründen. In Bremen habe eine derartige Einrichtung recht sehr zur Stärkung der Organisation und zur Fesselung der Mitglieder an dieselbe beigetragen. Es soll den Zahlstellen überlassen bleiben, ob sie in gleicher Weise Einrichtungen schaffen wollen. Eine umfangreiche eingehende Debatte ruft ein aus der Zahlstelle Berlin gedruckter vorliegender Antrag: „Die Beiträge von 40 % pro Monat auf wöchentlich 15 % zu erhöhen“ hervor. Sonderbarerweise sprachen aber alle drei Berliner Delegirten und der Ausschussvertreter (Berlin) gegen den Antrag, was unter den anwesenden Mitgliedern der Zahlstellen Berlin lauten Unwillen hervorrief, was auch wohl Veranlassung gab zu einem Antrag, den Beitrag auf 50 % pro Monat zu erhöhen. Der Gründe gegen die Beitragssteigerung waren mancherlei: Austritt aus der Organisation, erschwerte Agitation, Zahlungsunfähigkeit der Kollegen in kleinen Orten, Herausgabe unnütziger Kosten für neue Statuten usw.

Der Vertreter der Generalkommission legte sich auch hier in's Mittel, um die Erhöhung des Beitrages zu erwirken. Erwiesenermaßen seien die geringen Erfolge des Verbandes lediglich auf seine Mittellosigkeit zurückzuführen. Nothwendig sei eine Erhöhung auch um deswillen, da, wenn der Anschluß an den Holzarbeiterverband erfolge, der Unterschied in der Beitragszahlung nicht so groß sei und die Mitglieder in den zwei Jahren sich an höhere Beiträge gewöhnen würden. Es sei übrigens im Interesse aller Organisationen geboten, mit dem System der niedrigen Beiträge zu brechen, denn ohne Mittel könne weder agitirt noch Kampf geführt werden. Verkehrt sei es, immer die Zahlungsunfähigkeit der Kollegen in's Feld zu führen. Wenn der Verband seinem Zwecke: Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen wolle und solle, dann dürften ihm auch die Mittel zur Führung etwaiger nothwendig werdender Kämpfe nicht verweigert werden und eine Beitragssteigerung sei daher nothwendig. Wenn die Berliner Mitglieder schon einen Extrabeitrag (20 % pro Woche) zum Zwecke der Wahrnehmung örtlicher Interessen zahlten, so sei das anerkennenswerth, aber man solle dann denen die Gelegenheit nicht nehmen, die höhere Opfer für die Allgemeininteressen des Verbandes bringen wollten. Auf die wenigen Mitglieder in kleinen Orten dürfe man in dieser Frage nicht so sehr große Rücksicht nehmen; im Uebrigen stände es im Allgemeinen noch garnicht einmal fest, daß sie nicht im Stande seien, gleichfalls 5 % Beitrag die Woche mehr zahlen zu können. Etwas guter Wille und Energie, dann ließe es sich doch ausführen. Nicht nach rückwärts, nach vorwärts müsse der Blick gewandt und dementsprechend auch die Maßnahmen seitens der Organisationen getroffen werden.

Im gleichen Sinne sprachen noch der Vorsitzende Wiese, der Bremer und Wandsbeter Delegirte. Hierauf wurde dann die Erhöhung des Beitrages auf 15 % pro Woche einstimmig angenommen.

Zur Abänderung des Streikreglements wird beschlossen: Sämmtliche Zahlstellen sollen ihre Vorschläge dem Zentralvorstande einreichen, der dann denselben möglichst Rechnung tragen wird. Einem Wunsche, alles Material in Bezug auf die vorgekommenen Unfälle im Gewerbe zu sammeln und agitatorisch zu verwenden, soll entsprochen werden. Beschlossen wird noch, das Protokoll in Broschürenform herauszugeben.

Nach einem kurzen, ermahnernden Schlusswort an die Delegirten, nunmehr auch mit allen Kräften für die gefassten Beschlüsse einzustehen und unentwegt für den Verband zu wirken, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Die sechste Generalversammlung der Bäcker und Bäckergesellen Deutschlands, die in Vera getagt hat, war von 24 Delegirten besetzt. Der Verband zählt jetzt, trotz aller Verfolgungen durch die Znanungsmeister, 42 Mitgliedschaften mit 2400 Mitgliedern, gegen 713 im Jahre 1895.

Der Agitation, die der Vorstand betrieb, wurde allgemein Anerkennung gezollt. Neben dem Verband der Bäcker tagten gleichzeitig der Verband der Konditoren und der Verband der Müller und verwandten Berufe. Der Zweck der gemeinsamen Tagung soll eine Verschmelzung der drei Verbände zu einem Industrieverbande der in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter sein. Die Bäcker sind im Allgemeinen nicht für einen solchen eingenommen; der Vorstand dieses Verbandes verspricht sich von dem Zusammenschluß wesentliche Vorteile. Es sei zwar eine Erhöhung der Beiträge erforderlich, doch sei eine solche auch ohnehin Bedürfnis, da an einen Ausbau des Unterstützungswesens bei den bisherigen niedrigen Beiträgen nicht gedacht werden könne. Im Prinzip erklärten sich sämmtliche Delegirte mit der Verschmelzung einverstanden, doch sei der Zeitpunkt verfrüht und die Erhöhung des Beitrages bei den niedrigen Löhnen nicht thunlich. Der Vorsitzende des Müllerverbandes, K ä p l e r, trat für eine Verschmelzung ein, dann, wenn dieselbe so zu Stande kommt, daß eine gedeihliche Weiterentwicklung genügende Garantie bietet. Der Müllerverband zählte gegenwärtig in 37 Zahlstellen 1081 Mitglieder und das Vermögen bezifferte sich auf M. 1800. Gegen die Verschmelzung wendeten sich besonders die Berliner Delegirten, weil dort Neigung zur Gründung von Lokalorganisationen vorhanden sei. Eine Verschmelzung wurde mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Erhöhung der Beiträge mit 12 gegen 11 Stimmen. Auf Grund dieses Resultates erklärten die Genossen K ä p l e r-Altenburg (Vorsitzender des Müllerverbandes) und W i l t-Hamburg (Vorsitzender des Verbandes der Konditoren), daß ihre Verbände auf die Theilnahme an der Beratung und Ausarbeitung eines gemeinschaftlichen Statuts für den geplanten „Verband der Arbeiter in der Nahrungsmittel-Industrie“ verzichten.

Die Beratungen der Bäcker nahmen ihren weiteren Fortgang. Ein Antrag: „Den Hauptvorstand zu ermächtigen, sobald die Bäckerverordnung vom 4. März v. J. seitens der Reichsregierung aufgehoben oder verschlechtert werden sollte, den Generalkreis sämmtlicher Bäcker Deutschlands zu proklamiren, um so durch einen wirtschaftlichen Kampf den zwölfkündigen oder kürzeren Arbeitstag zu erringen“, wurde von dem Vertreter der Generalkommission S a b a t h energisch bekämpft. Er gab zu, daß die indifferenten Bäckereiarbeiter sich augenblicklich durch die Begeisterung hinstreichen lassen würden, auf der anderen Seite Reize aber unumstößlich fest, daß die Ernüchterung allzu früh eintreten und die erhoffte Wirkung des Beschlusses in das Gegentheil umschlagen werde. Vor Allem solle man daran denken, die Organisation zu stärken und sich nicht auf die „Allgemeinheit“ verlassen, die in den meisten Fällen trotz des vorhandenen guten Willens garnicht helfen könne. Weiter solle man die noch vorhandenen Mißstände im Beruf aufdecken, die derartige sind, daß die Masse des Volkes, wenn sie erfährt, wie es bei Herstellung der Lebensmittel noch zugeht, mit Entrüstung den ausbeutungsfüchternen Jünglingen ihre Sympathien entziehen wird. Im Interesse des Fortschritts, den die Organisation in den letzten Jahren gemacht hat, bat er, einen Beschluß zu Gunsten des Streiks nicht zu fassen. Der Antrag wurde hierauf zurückgezogen. Die Erhöhung des Beitrags von 15 % auf 20 % wurde mit 17 gegen 6 Stimmen beschlossen. Der Vorstand bleibt in Hamburg.

Der Verband deutscher Buchbinder zc. zählte in 56 Zahlstellen inklusive der Einzelmitglieder in Sachsen und Hannover 7788 Mitglieder. Die Einnahme betrug im 4. Quartal 1896 M. 19834,91. Der Kassenbestand am 30. September M. 41144,77. Die Ausgabe im gleichen Zeitraum M. 25688,24. Darunter allein an Streikunterstützung M. 19581,49. Der Kassenbestand beziffert sich auf M. 35411,44.

Der Verband der deutschen Schneider hatte im Jahre 1896 eine Gesamteinnahme von M. 90272,88 und eine Ausgabe von M. 67750,32. Darunter für Reisegehalt M. 12131,29, Streikunterstützung 14650, Sachzeitung 13539,40, an Prozenten 14988,33, für Agitation 1064,94, an die Generalkommission 871. Mitglieder waren am Schlusse des vierten Quartals 1896 in 206 Orten 7655 männliche, 681 weibliche, am Schlusse des vierten Quartals 1896 8009 männliche, 1175 weibliche vorhanden.

Verbandsenspielerei. Der Verband der Korzarbeiter und Arbeiterinnen (Sitz Hohenheim) hatte in zwei Quartalen inklusive eines Kassenbestandes von M. 161,14, eine Gesamteinnahme von M. 920,50. Die Gesamtmitgliedszahl beträgt außer 51 Einzelmitgliedern in 12 Zahlstellen 239. Die Ausgabe in den 12 Verwaltungsstellen betrug M. 206,56. An die Hauptkasse führten sie ab M. 453,68, an die Einzelmitglieder M. 143,15. Die Ausgabe des Verbandsvorstandes beziffert sich auf M. 457,33, darunter für das Verbandsorgan „die Glaszeitung“ M. 336,15. Alle übrigen Ausgaben, mit Ausnahme von M. 20 Darlehen an die Zahlstelle Frankfurt und M. 2,79 Auslagen für den Vorsitzenden, entfallen auf Porto, Druckkosten, Stempel, Quittungsmarken, Bücher- und Schreibmaterialien.

280 Vereine mit über 56 000 Mitgliedern sollen dem Gesamtverbande der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands nach einer Mittheilung der „Kreuzzeitg.“ angehören. Die Hauptversammlung, welche die Osterwoche in Ebersfeld tagte, hat sich auch mit der Gründung eines Unterstützungsfonds für Fälle unverdäulbarer Arbeitslosigkeit, mit der gesetzlichen Einführung von Arbeitsämtern, der Zentralisation des Arbeitsnachweises innerhalb größerer Bezirke und mit der Abänderung der Unfallversicherung beschäftigt.

Technisches.

Städtisches Technikum Neustadt i. Meckl. Bei den letzten Prüfungen waren als Ministerial-Kommissare die Herren Eisenbahn-Bauinspektor Schmidt in der Abtheilung für Maschinenbau und Elektrotechnik, und Landbaumeister Hamann in der Baugewerk- und Tischlerische theilhaftig. Es bebanden die Prüfung von 41 Kandidaten des Ingenieurfaches 40 und von den 38 Prüflingen des Hochbaues und des Tischlergewerks 35. Das Sommersemester beginnt am 3. Mai. Für Hochbau sind die Herren Seidel und Seifert als Architekten neu angeheilt. Die Lehrmittel für Elektrotechnik haben durch eine etwa 1 Kilom. lange Arbeitsübertragung für Wechselstrom mit dem daran anschließenden Maschinenpaar zur Transformation von 800 Volt starkem Wechselstrom in 65 Volt Gleichstrom eine weitere Vermehrung erhalten.

Farbenprobe des schwarzen Luches. Man löst etwas Sauerleesalz in kochendem Wasser auf, besetzt mit dieser Lösung einen Pfropfen und drückt diesen auf das Tuch. Enthält die Wolle einen Indigozug, so ist sie echt gefärbt und das Sauerleesalz erzeugt nach einiger Zeit einen grünlich olivenfarbigen Fleck; ist das Tuch aber bloß mit Blauholz, Eisen- und Kupfervitriol gefärbt, so ist die Färbung unecht und das Sauerleesalz erzeugt dann eine dunkel-orangefarbene oder saße Farbe.

Literarisches.

„In Freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“) Preis pro Heft 10 % enthält in Nr. 15 und 16: 1798, Roman von B. Hugo (Fortsetzung). — Wie man Diamanten gräbt. (Eine Skizze). — Aus den besten Kreisen. (Novelle). — Dies und Jenes. (Feuilletonistische und kulturhistorische Skizzen). — Witz und Scherz.

Im Verlag von J. F. W. Diez in Stuttgart sind von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring Heft 1 und 2 erschienen. Das Werk besteht aus zwei Theilen, welche die Zeit von 1880 bis 1893 umfassen.

Der erste Theil reicht von 1830 bis 1863, von der Julirevolution bis zum preussischen Verfassungstreite. Er zerfällt in zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt den modernen wissenschaftlichen Kommunismus, dessen Entwicklung von seinen ökonomischen, philosophischen und politischen Wurzeln bis zum kommunistischen Manifest von 1848 dargestellt wird. Der zweite Abschnitt schildert die Märzrevolution und ihre Folgen, soweit sie die Geschichte der Sozialdemokratie beeinflusst haben.

Der zweite Theil reicht von 1863 bis 1896, von Lassalle's Offenem Antwortschreiben bis zur Gegenwart. Er zerfällt in drei Abschnitte. Der erste Abschnitt umfaßt die jungen Jahre der deutschen Sozialdemokratie, die Agitation Lassalle's und die internationale Arbeiterassoziation, die Kämpfe der Lassalleaner und Eisenacher, die Einigung der beiden Fraktionen und die gemeinsame Bewegung bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Der zweite Abschnitt erzählt die Schicksale der Partei unter dem Sozialistengesetze. Der dritte Abschnitt faßt die neuesten Entwicklungen unter gemeinem Rechte in einem summarischen Ueberblick zusammen.

Den Schluß des Bandes bilden Anmerkungen, welche für die einzelnen Kapitel besonders zusammengestellt sind. Sie sind nicht bloß darauf angelegt, der sachmännischen Kritik die Kontrolle der Darstellung zu ermöglichen, sondern sollen auch dem nicht gelehrten Leser, soweit es sich um irgend bemerkenswerthe Erscheinungen handelt, ein Wegweiser in der jetzt schon massenhaft in's Kraut geschossenen Literatur über die deutsche Sozialdemokratie sein.

Das komplette Werk wird zirka 86 Lieferungen à 20 % umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen.

Briefkasten.

Berlin, B. R. Sie verzichten wohl angefaßt des immerwährenden Raummangels auf den Abdruck des Kassenberichts der Zahlstelle.

Lüneburg, F. F. Dagegen giebt es kein Mittel. Der Stein ist zu hart; selbst längeres Liegen im Wasser würde keine bessernde Wirkung hervorbringen.

Beine, D. S. 1. Das ist genau nicht zu sagen und richtet sich nach der Größe der Bandhängeäder und dem größeren oder geringeren Durchmesser der Transmissionsriemenscheiben. 2. Ja, aber nur für ein Jahr; im Uebrigen wird es aber ganz von der Militärbehörde abhängen. 3. Ein gewisses Geld nicht, wohl aber muß eine Summe vorhanden sein; der Hinweis auf die geringe Reiseunterstützung, welche die meisten Verbände zahlen, dürfte kaum genügend sein. Anders beim Buchdruckerverband, der kürzlich, wenn wir nicht irren, einen Prozeß in Straßburg i. E. durchfocht, in welchem das Gericht entschied, daß kein reisender und reisenerstützungsberechtigter Buchdrucker, wenn er selbst keine Baarmittel aufzuweisen hat, wegen Landstreicherei verhaftet werden dürfe. 4. Ja, unbedingt. 5. 15 Mitglieder.

Luckenwalde, B. Sie hätten fragen müssen, daß das nur erst im Schilde „geführt würde“; rathen können wir das nicht, lieber Kollege.

Laage, S. D. Wenn mitfahrende Passagiere Vergerniß daran nehmen, darf es eben nicht geschehen. Sie können sich natürlich mit demselben Recht darüber beschweren, wenn Ihnen von anderer Seite „Deutschland, Deutschland über Alles“ vorgelesen wird.

Kaiserlautern, W. Wenn irgend Raum vorhanden, wollen wir von dem Bericht auszugswelse Kenntniß geben. Denselben ganz zu veröffentlichen, ist die fabe Gesellschaft wahrhaftig nicht werth.

Liegnitz, P. L. Fournierpressen liefert F. Grünig in Offenbach a. M.

Krefeld, J. L. Wenden Sie sich an die Rheinisch-Westfälische Agitationskommission: August Hartung, Eberfeld, Gr. Klostbahn 27.

Osnabrück, L. Im Inseratentheil stehen mehrere Firmen, die Habelbänke liefern.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. 8 in Hamburg.)

Vom 17.—30. April gingen folgende Gelder ein: Berlin C M. 400, Bremen 400, Hamburg II 400, Offenbach 400, Nürnberg 400, Alchim 300, Mannheim 300, Nichtenberg 300, Löttau 300, Luckau 200, Haffelbach 200, Bergedorf 200, Gevelsberg 200, Freiburg i. B. 200, Neu-Jenburg 150, Friedrichsfelde 150, Gannstatt 150, Dessau 150, Düsseldorf 150, Osnabrück 150, Neuchelheim 140, Ohren 120, Wolfshädt 100, Emdenich 100, Westhofen 100, Loßwitz 100, Sprottau 100, Rheingönheim 100, Feuerbach 100, Potshappel 100, Geseley 100, Augsburg 100, Freiberg i. S. 100, Griesheim 100, Zwickau 100, Sonnenborn 95, Strehlau 90, Winnen 90, Zeulentroda 80, Östlingen 80, Würth 80, Weissensee 75, Rauhheim 70, Soden 70, Jauer 72,12, Lichtenhain 70, Schwarzga 70, Sieglitz 50, Zimmer 50, Golditz 50, Winterdorf 50, Löbau 50, Köthen 30, Rünzelsau 9,89. Summa M. 7841,51.

Zuschuß erhielten vom 17.—30. April: Mundenheim M. 400, Karlsruhe 300, Mainz 300, Neuwied 350, Stuttgart 200, Heilberg 200, Kastel 200, Giebichenstein 200, Ludwigshafen 200, Droick 200, Herzogenaurach 200, Koitod 150, Aachen 150, Potsdam 150, Leipzig II 150, Schleusingen 150, Gütrow 150, Oberrab 150, Gmünd 150, Dettingen 150, Andenau 150, Hochstadt 125, Großzimmern 120, Leizling 100, Burgstädt 100, Reicherstieg 100, Pfungstadt 100, Neuh 100, Gräfenroda 100, Wülfer 100, Wolfsanger 100, Schwelm 100, Rohraeder 100, Gdingen 100, Delmenhorst 80, Wurzen 88, Bollmarshausen 75, Wetterzeube 70, Waldau 70, Wilingen 70, Fintben 60, Pforzheim 60, Niederberg 50, Brieg 50, Krefschau 50, Schwab.-Hall 50, Bruckdorf 50, Gorma 50, Dörnberg 50, Lambrecht 50, Großenritte 50, Blankenburg a. S. 50, Reckberghausen 50, Klein-Dierleben 50, Gröllwitz 50, Spiegelberg 50, Gaarden 50, Burg 50, Wolmirstedt 40, Malwitz 10. Summa M. 7018.

Krankenunterstützung durch die Hauptkasse wurde an Einzelmitglieder M. 1171,47 bezahlt.

J. Jacobs, Hauptkassier.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Seite 10 Mk.)

Charlottenburg. Montag, den 10. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Leder, Bismarckstr. 74.

Altona. Am Dienstag, den 11. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wwe. Ebler, Nordstr. 87.

Tagesordnung: 1. Diskussion über den Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“, betreffend die Gewerkschaftsartikelle. 2. Verschiedenes.

NB. Laut Beschluss der letzten Mitglieder-Versammlung sollen 50 Mk. Extraflexer pro Woche bezahlt werden. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Doberan. Herberge und Versammlungslokal Gasthof „Stadt Doberan“, Am Schützenplatz. Bevollmächtigter **Heinrich Beebe**, Neue Reihe 92.

Colberg. Bevollmächtigter **Fr. Wolman**, Schmiedestr. 40, Kassirer **Fr. Werber**, Proviantstraße 16. Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr daselbst. Verkehrslokal bei **Sühnte**, Markt 17.

Driesen. Bevollmächtigter **E. Seifert**, Kirchstraße 18, Kassirer **D. Göbner**, Wilhelmstraße 16. Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7 Uhr ab.

Der Arbeitsnachweis und das Verkehrslokal der Stellmacher Berlin befinden sich Elshäuserstr. 9. Die Arbeitsausgabe findet an den Rochertagen Vormittags von 8-10 Uhr unentgeltlich statt. Die Agitationskommission.

Nachruf.

Am Dienstag, den 27. April, starb plötzlich unser treues Mitglied

Arno Werner.

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Altenburg (S.-A.).

Charles Siegwald Herrmannsohn

aus Gothenburg in Schweden, gib Deine Adresse bekannt unter **Chr. D.** bei **Gerber**, Nürnberg, Königstraße 2A, 2. St., oder gib ein Lebenszeichen in diesem Blatt. Bin vollständig frei. Sollte mir Jemand über den Aufenthaltsort des Betreffenden Auskunft geben können, so sichere ich eine Belohnung von 20 Mk.

Kollegen **Heinrich Lähndorf**, Tischler und **Hermann Löhner** i. Polit., und **Carl Garms**, Tischler aus Ludwigslust i. M., wo lebt der? Gebt Nachricht Eurem Kollegen **Th. Lünze**, Leipzig, Petersstr. 8, 4. St.

Albert Büchler,

Korbmacher, mit dem ich in Verabingung zusammen war, theile mir Deine Adresse mit.

W. Tramm, Korbmacher,
Pr. Str. **G. Loof**, Schlauchstr.

Dringende Bitte!

Die Verwaltungsgesellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes resp. Kollegen werden gebeten, falls sie den Aufenthalt des **Bürstenmachers Adolf Rüfer**, Buch-Str. 47/18, geb. am 17. 9. 1873 zu Landeshut i. Schl. wissen, mir selbigen dringend mitzutheilen.

Jos. Balsaa, Bürstenmacher,
Hamburg Gimsbüttel, Albenallee 65.

Tüchtige Schreiner

gesucht auf geschweifte Rohr- und Polstermöbel-fabrik.

Herm. Böhme, Zürich V (Schweiz).

2 tüchtige Möbelschreiner

sofort gesucht von **Wilhelm Seifert jr.**, Möbelfabrik, Germerdheim (Rheinpfalz).

2 Tischlergesellen,

2 Drechslergesellen,

auf Korpusmöbel-Fabrikation erziehen, haben gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung.
Ang. Werdermann,
Dresden (Str. Lellow).

2 tüchtige Rahmenmacher

haben dauernde Arbeit bei hohem Lohn.
Joseph Freywis, Glasermstr.
Wangen i. Aargau.

2 Tischlergesellen finden dauernde Beschäftigung bei

E. Springer, Altwasser.

Ich suche für meinen Betrieb noch **5 tüchtige Stuhlbauer**

zum sofortigen Antritt.
Emil Mandhenke, Celle,
Stuhlfabrik u. Dampfzägewerk.

Ein mit allen Holzbearbeitungsmaschinen durchaus vertrauter

Maschinenarbeiter

(gelernter Schreiner bevorzugt) findet sofort dauernde Stellung bei **Wilhelm Seifert jr.**, Möbelfabrik, Germerdheim (Rheinpfalz).

Zwei tüchtige Gefellarbeiter

auf Bambus- und Rohrmöbel per sofort bei hohem Lohn gesucht.
Chr. Hackenschmidt,
Straßburg i. Elsaß.

Suche sofort einen tüchtigen **Korbmachergesellen**

auf matte Arbeit (Fischkörbe).
P. Jahn, Raseburg (Lauenburg).

2 Korbmachergesellen

auf Reiselörbe finden dauernde Beschäftigung bei **W. Brumme**, Mühlberg a. E.

Korbmachergehilfen

auf Reiselörbe. Dauernde Arbeit.
Ernst Koch, Korbwaren-Fabrik,
Stegenried a. d. Saale.

2 Korbmacher

finden sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.
F. Henkel, Eberwalde,
Eisenbahnstraße 32.

Korbmacher

auf Zusatzarbeit, bei gutem Lohn, sucht **H. Teichmann**,
Dresden-N., Konfordienstr. 74.

Tüchtige Korbmacher,

Balkenarbeiter, werden verlangt bei **A. Liersch**, Korbmachermesser,
Rittich, Kr. Grünberg (Schlesien).

Suche per sofort 1-2 ordentliche **Bürstenmachergehilfen**

bei dauernder Beschäftigung.
Wwe. F. Moog, Bürstenmacherei,
Hagen i. Westf.

Junge, tüchtige Bürstenmachergesellen sucht **Friedr. Wilhelm**, Bürstenfabrik, Sangerhausen i. Thür.

Tischlerei mit Möbelmagazin in einem Badeort Thüringens ist mit geringer Anzahlung billig zu verkaufen. Offerten unter **L. M. 20** an die Exped. d. Bl.

In der Umgegend von Halberstadt ist eine seit 20 Jahren mit Erfolg betriebene **Tischlerei**

für den Preis von **M. 6000** sofort zu verkaufen. Anzahlung **M. 1800**. Offert. unter **K. R. 21** befördert die Exped. d. Bl.

Eine Stellmacherei in bester Lage Hamburgs, gute Kundschafft, ist für einen soliden Preis zu verkaufen.
Offerten u. **R. U. 23** an die Exp. d. Bl.

Feldbahn

auch leihweise. Bezug direkt von der Fabrik **Wackerow & Deter**,
Magdeburg, Pionierstr. 25.

Tischler-Fachschule

Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Quittungsmarken,

Rechnungsmarken, Kanischnistempel, sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth **Konrad Müller**,
Scheffels-Str. Leipzig.
Illustrirte Preislisten gratis!

Titus Axen
vorm. J. H. Löwenhagen
Rathhausmarkt 12, Altona.
Spezialität:
Tischler-Werkzeuge.
Preislisten gratis.
Garantie für solide Arbeit.

Zeichen-Bureau!

vor 9 Jahren (bez. für d. Gebiet der Tischlerei) gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe im Maßstab 1:10 nach Angabe, sowie auch naturgroße Werkstatt-Zeichnungen.

Neues Vorlagenwerk für d. Bantischlerei, 30 Tafeln, nur praktische Skizzen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, **M. 13** in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei, 30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, **M. 12** in Farbendruck.

Belehrung über korrekt zu machende Kosten-Voranschläge wird jedem Werke gratis beigelegt.

Ernst Rettelbusch,
früher Tischler, Zeichner und Werkführer,
jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten,
Hörnberg, Burgschmiedstraße 19.

Slomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Begehrte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Leinen gebunden, Preis **M. 1,80**.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, oder gegen Einsendung von **M. 1,80** (auch in Briefmarken) von **G. Slomke's Verlag**, Bielefeld.

Für Tischler.

In einer Kreisstadt Hannovers **Bau- und Möbeltischlerei** mit guter Kundschafft ist eine gut gehende wegen Aufgabe des Geschäfts billig zu verkaufen eventuell zu verpachten. Offerten unter **L. B. 22** an die Expedition dieses Blattes.

Für nur M. 5,
mit Klavierspiel **M. 5,50**,
verfehle ich eine hochfeine,
extra stark gebaute, rein ab-
gestimmte Konzert-Zug-
harmonika „Westfalia“,
36 cm hoch, 10 Tasten, 2 Register, 40 garanti-
t gute Stimmen, 2 Bässe, 2 Zuhalter,
offene Nickel-Klavatur, 3 starke, unverwundliche
Extrabälge mit Stahlhügelchen, 2 schräge unüber-
trefflich starke Orgelmusik. Dasselbe Instrument,
schräg, mit 3 Registern, nur **M. 7,50**.
Dasselbe Instrument, schräg mit 4 Registern,
Größe 38 cm, nur **M. 9**. Ein Instrument mit
6 Registern, schräge Orgelmusik, nur
M. 12. Ein Instrument, schräg, mit 2 Reihen
(19 Tasten), Größe 38 cm, nur **M. 12**. Eine
hochfeine **Alford-Bitzer** mit vollständigem
Zubehör nur **M. 10**. Schulen, wonach das
Spielen in einer Stunde zu erlernen ist, gratis!
10 Jahre Garantie leisten für die Halt-
barkeit der Tastenfedern. Verpackungsfreie
frei. Porto 80 Mk. Man bestelle bei
Robert Husberg, Neuenrade (Westf.).

Fachschriften!

Kataloge gratis und franko.
Job. Sassenbach, Buchverlag, Berlin 4.

Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Bimmereinrichtungen.
Serie I,
enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln,
mit genauen Details, auf 6 Bogen.
Größe 72:100. Preis **M. 3,30**.

Entwürfe moderner Bimmereinrichtungen.
Serie II,
enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln,
mit genauen Details, auf 8 Bogen.
Größe 72:100. Preis **M. 3,30**.

Da Nachnahme zu theuer ist, empfiehlt es sich, den Betrag **M. 3,30** bei der Bestellung mit einzufenden. (Auch in Briefmarken.)

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.
Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, sarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugewandten.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Dem größten Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von der Firma **Paul Horn, Hamburg**, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Berlag: A. Köste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co., Weide in Hamburg.